

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 15.—21. Oktbr. 270 Mill. Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 45 Mill. Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion.
926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker



Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 246.

Sonntag, 20. Oktober 1923.

30. Jahrgang.

Spannung zwischen München und Berlin.

Die bayerische Regierung hat die Abberufung Lossows mit der Forderung auf Nichttritt des Reichswehrministers Geßler beantwortet. Es scheint überhaupt, daß die bayerische Regierung unter dem Einfluß des Herrn v. Kahr bewußt auf den Abfall vom Reich hinarbeitet. Jedenfalls ist die Lage äußerst ernst, und es muß damit gerechnet werden, daß sich im Laufe des Sonntags zwischen Bayern und dem Reich Komplikationen ergeben, die das Reichskabinett vor schwierige Entscheidungen stellt.

München, 19. Oktober.

Die politische Lage in Bayerns Hauptstadt wird beherrscht von der Abberufung des Generals v. Lossow. Die Nachricht hat bei den Behörden große Erregung verursacht. Bemerkenswert ist die mit Bestimmtheit abgegebene Erklärung, daß die glatte Abberufung v. Lossows den Konflikt Bayerns mit dem Reich bedeuten würde. Denn weder die bayerische Regierung noch der Generalkommissar würden sich jemals einer solchen Forderung des Reiches beugen. Wenn also der Chef der Heeresleitung seinen Willen unbedingt durchsetzen wolle und könne, dann seien die Folgen für das Reich unübersehbar.

Hitler unternimmt zurzeit wieder einen neuen Propagandefeldzug unter der Studentenschaft, da die nationale Diktatur sehr offenbar eine Lockerung der Bindung zwischen der nationalsozialistischen Studentenschaft und den völkischen Gruppen von Hitler herbeizuführen droht. Unfrei zur Seite steht ihm dabei der Hochschulführer deutscher Art, zum mindesten einzelne an seiner Spitze stehende Personen, die nicht nur in der früher üblichen Art durch Drohungen und Pressungen ihre Kommissionen den Fakultätsräten zuführen, sondern sich nun auch mit aufläuternder Propaganda versuchen. Ein in der Münchener bürgerlichen Presse veröffentlichter Aufruf, unterzeichnet von Freiherr zu Guttenberg, Mitglied des Biereraussschusses des Hochschulführers, verfolgt den Zweck, der Studentenschaft der außerparlamentarischen Hochschulen die Gegensätze zwischen Kahr und Hitler als unbedeutend hinzustellen. In diesem Aufruf, der sicherlich nach gründlicher Beratung der Hitlerischen aller Schattierungen zustande gekommen ist, findet sich der bemerkenswerte Satz: „Der über seine wirkliche Bedeutung besprochene Gegensatz zwischen Kahr und Hitler ist in allen wesentlichen Punkten darauf zurückzuführen, daß ein verantwortlicher Staatsmann sich in seinen Handlungen und Äußerungen eine Beschränkung auferlegen muß, die für den Führer eines freien Bundes nicht besteht. Im Augenblick der Tat wird dieser Gegensatz verschwunden sein.“

Lossows Abberufung.

Die Abberufung des Generals v. Lossow ist am Freitag durch den Reichswehrminister offiziell erfolgt. Trotzdem gab die Pressestelle der Reichsregierung zu diesem Entschluß des Reichswehrministers im Laufe des Freitag Mitteilungen aus, die in ihrer Form auf ein Dementi der gemeldeten Abberufung schließen ließen. Gegen diese Art der Presseinformation müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden! Es ist ein Skandal, wenn eine amtliche Pressestelle ihre Aufgabe darin sieht, die Richtigkeit von Tatsachen zu verschleiern. Das ist im Falle Lossow geschehen.

Sie können nicht anders!

Die Kommunisten rütteln an der sächsischen Koalition.

Dresden, 19. Oktbr. (Sig. Draht).

Die Freitagsitzung des sächsischen Landtages brachte eine scharfe und unerfreuliche Auseinandersetzung zwischen den beiden Regierungsparteien. Anlaß dazu gab eine Erklärung des kommunistischen Abgeordneten Schneller zu Beginn der Sitzung, der behauptete, in der Donnerstagsitzung des Landtages sei festgestellt worden, daß der Finanzminister Meier von dem Einverständnis des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und des Reichswehrministers mit dem ultimativen Schreiben des Generals Müller an die sächsische Regierung unterrichtet gewesen wäre. Der Zweikommissar habe es pflichtwidrig unterlassen, die Regierung hiervon in Kenntnis zu setzen. Es steht weiter fest, daß er einige rechtsstehende Abgeordnete der sozialdemokratischen Fraktion darüber informiert habe, darunter den Abg. Bethge. Auch dieser habe die Tatsache verschwiegen. Meier und Bethge hätten zugelassen, daß die sächsische Regierung gegen den Generalleutnant Müller den Vorwurf erhoben hätte, er verstoße gegen die Verfassung. Dieser Vorwurf richtete sich in Wirklichkeit gegen den Reichspräsidenten und gegen diejenigen, die die genannte Tatsache gekannt und verschwiegen hätten. Die Anfrage der kommunistischen Fraktion gehe dahin, wie sich die Regierung zu dieser Tatsache stelle.

Die Sitzung wurde auf eine Stunde unterbrochen, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm Ministerpräsident Genosse Zeigner Gelegenheit, sich zu dem kommunistischen Vorwurf zu äußern. Er wies zunächst den demokratischen Vorwurf zurück, als ob er den Landtag über eine Eigenmächtigkeit oder Grenzüberschreitung des Wehrkreis-Kommandeurs wider besseres Wissen unterrichtet nach der Erledigung einer bürgerlichen Anfrage über die Besetzung der Beamtenstellen vortage sich das Haus auf Dienstag.

Die Vorgehensweise.

Lossow wollte nicht so recht!

General Lossow in München hat seinerzeit den dienstlichen Auftrag bekommen, als „Inhaber der vollziehenden Gewalt“ den „Völkischen Beobachter“, der vom Reichswehrminister verboten war, militärisch zu besetzen und das Erscheinen zu verhindern. General Lossow hat diesen dienstlichen Befehl nicht ausgeführt, sondern nach Berlin gemeldet, die Ausführung würde ihn in Konflikt mit der bayerischen Regierung bringen. Der Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, hat darauf den Münchener Kollegen aufgefordert, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Nunmehr aber mißfiel die bayerische Regierung ein, indem sie die offizielle Erklärung veröffentlichte, sie würde die Abberufung nicht zulassen!

Wir haben diese dreiste Provokation schon vor einigen Tagen gewürdigt. Die „Germania“, das führende Zentrumblatt, nennt sie eine „offene Auflehnung gegen das Reich und einen tiefbedauerlichen Versuch, die Disziplin der Reichswehr zu lockern“.

Nimmt man noch hinzu, daß Korfach, über den der Reichswehrminister die Schutzhaft verhängt hat, heute in einer öffentlichen Versammlung in München reden soll, und daß man noch nichts von Maßnahmen des Herrn v. Kahr gehört hat, die diese Provokation unmöglich machen, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß hier eine Verhöhnung der Autorität des Reiches vorliegt, die auf die Dauer nicht zu ertragen ist.

Angeichts der rechtsradikalen Hege gegen Sachsen ist es nötig, die in Bayern betriebene offene Auflehnung gegen das Reich ins Licht zu rücken. Der „Germania“ können wir nur zustimmen, wenn sie meint, das Reich habe ja wenig Möglichkeiten in die inneren Verhältnisse der Länder einzugreifen. Aber wo ihm der Ausnahmezustand Möglichkeiten auf die Exekutive eingeräumt hat, müsse es im Interesse der gleichmäßigen Wahrung der Rechtsautorität benutzen. Die Reichswehr stehe ohne Zweifel unter der Befehlsgewalt des Reichswehrministers und nicht der einzelnen Landesregierungen.

Wenn sich also die bayerische Regierung offen in diese Befehlsgewalt der Heeresleitung einmischt, so ist das eine neue Herausforderung des Reiches, die mit aller Schärfe zurückgewiesen werden muß. Nun soll, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ meldet, die Abberufung Lossows dennoch erfolgen. Es ist die höchste Zeit!

„Das Reichsinteresse“.

Wie es in Bayern verstanden wird...

München, 19. Oktober.

Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bayern und Sachsen schreibt die „München-Augsburger Abendzeitung“, es werde natürlich nicht ausbleiben, daß die Rundgebung der bayerischen Regierung wieder ein Fanfarenstöß zum Vormarsch auf dem Wege einer Separation betradet wird. Der Standpunkt, von dem aus der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Bayerns zu Sachsen diktiert werde, sei aber einzig und allein das Reichsinteresse, wie es in Bayern verstanden werde. Das Unheil, das durch die marxistische Verfehlung des öffentlichen Lebens erfolgt sei, habe einen Umfang angenommen, der die Weiterexistenz des Reiches zu zermalmen drohe. In diesem Sinne solle die bayerische Rundgebung als ein Alarmschrei betrachtet werden. Das Reich ist in Gefahr.

Inzwischen sei ihm mitgeteilt worden, daß sich der Wehrkreis-Kommandeur in Berlin nur über den prinzipiellen Inhalt des Briefes an die sächsische Regierung verständig habe, alles darüber, ob die Regierung zu einer Stellungnahme zur Rede des Ministers Böttcher veranlaßt werden solle. Die weiteren Einzelheiten und die Formulierung des Schreibens seien nach den bisherigen Feststellungen der sächsischen Regierung in Berlin nicht bekannt gewesen. Gegenüber den kommunistischen Behauptungen betonte Genosse Zeigner, es liege nicht das geringste Anzeichen dafür vor, daß von einem einzelnen Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion sozusagen ein Komplott geschmiebt worden sei. Aus Mitteilungen, die er über einen Befehl bei General Müller den kommunistischen Regierungsmitgliedern gemacht habe, hätten die Kommunisten die falsche Folgerung gezogen, daß Bethge und Meier ihm absichtlich keine Kenntnis gegeben hätten von der Stellungnahme der Reichsregierung.

Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Wirth, aus den Feststellungen des Ministerpräsidenten ergebe sich, daß die in der kommunistischen Anfrage enthaltenen Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen einzelne Mitglieder der Fraktion, besonders gegen den Abgeordneten Bethge, völlig unbegründet seien. Die Art, wie dieser Vorwurf von der kommunistischen Fraktion unternommen worden sei, widerspreche zudem den Vereinbarungen, die für ein gedeihliches parlamentarisches Zusammenarbeiten beider Parteien bei der Regierungsambildung getroffen worden seien. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiere daher mit aller Entschiedenheit gegen ein solches Vorgehen, das nach ihren Augen als eine Schwächung der Regierungskoalition gedeutet werden müßte. Trotz dieser Erklärung blieb Schneller in persönlichen Bemerkungen bei seinen Behauptungen, die dann nochmals von Bethge in heftiger Erregung zurückgewiesen wurden.

Dollar 16 Milliarden.

Anzeigengebühr für die acht farbige Blattzelle oder deren Raum 78 Mill. Mark, auswärts Grundpreis 150 Mill. Mark, Schlüsselfach d. D. S. W., Veranml., Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 70 Mill. Mark, Reklamen 312 Mill. Mark.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle
905 nur Redaktion.

Bemerkungen.

Dr. L. Lübeck, 20. Oktober.

Endlich wird es klar, weshalb der General-Anzeiger den Wechsel in seiner politischen Redaktion vornahm. Der frühere Redakteur war meistens so pöbelvergnügt, daß er nicht mehr genügend Bluthurst ausbrachte, um jeden Morgen zum Frühstück einige Sozialisten und Kommunisten zu zerreißen und zu verschlingen. Außerdem waren vom vielen Wiederkaufen seine Zähne wohl auch schon etwas krumm geworden.

Das ist jetzt anders. Neue Beien kehren gut! Tag für Tag malt die Königstraße jetzt den Teufel des Bolschewismus an die Wand.

Von der Arbeiterregierung in Sachsen und Thüringen werden grauliche Bilder entworfen. Der „Blick nach dem Osten“ wird angiltvoll schaudernd beschrieben und die berühmte Laternenpflanzpsychologie des erschrockenen Kleinbürgers wird mit entsetzlichen Phantasiegebilden umnebelt.

Und Bayern? Es wird gestreichelt wie a Deandl im Hochgebirge und mit den musikalischen Klampfontönen Oberbayerns werden die heuchlerischen Worte vorgetragen, an denen bayerische Dummheit sich berauscht. Es sei Bayerns deutliche Pflicht, von Bayern aus den Reichsgedanken hochzufolgen und von einem gesunden Süden aus ein schöneres Reich aufzubauen. Das sei keine Separation, sondern Abschneidung eines gesunden Teils von ungesunden Gliedern.

Und dagegen halte man nun die General-Anzeigerberichte aus Sachsen:

„Die Verhältnisse in Sachsen drängen zur Entscheidung. Die Störung der öffentlichen Ordnung und des Wirtschaftslebens durch den Terror der Straße übersteigt alle Begriffe. . . Besonders schlimm liegen die Verhältnisse in Westsachsen. Fabrikanien, die nicht willig die Geldforderungen der ausständigen Arbeiter nachkommen, werden mit dem Tode bedroht. Es scheinen sich Zustände herauszubilden, wie sie nur in der schlimmsten Zeit der Sowjetwirtschaft in Rußland bestanden haben. In ihrer Verzweiflung haben sich bedrohte Fabrikanten selbst an die bayerische Regierung um Hilfe gewandt. . . Die Reichsregierung wird sich von ihrem Entschluß, die Ordnung in Sachsen wieder herzustellen, nicht abbringen lassen.“

Verquirt wird diese sämig-trübe Sauce mit dem fortwährenden Hinweis auf die Plünderung von Bäckereien.

Das Ganze nennt sich dann unabhängige General-Anzeigerpolitik!

In Wirklichkeit liegt die Sache so. Allmählich verzweifeln auch die anspruchsvollsten General-Anzeigerleiter an der ewigen Schlagfahnenpolitik, die zu keiner Ansicht und keinem Entschluß sich aufrafft. Bis in die weitesten Kleinbürgerkreise ist die Unzufriedenheit vorgedrungen. Man verlangt endlich nach der klaren Linie, nach Maßnahmen. Man beginnt zu denken. Und das Denken muß den Leuten, die bisher die besten Stützen der kapitalistischen Volksausbeuter und Steuerdrückberger gewesen sind, unter allen Umständen wieder ausgerieben werden. Deshalb: Sozialist und Bolschewik kommen und fressen dich auf. Erstick! Zittere! Aber denke nicht!

General-Anzeigertaktik! Aber schließlich liebt jedermann die Zeitung, die seinen geistigen Verhältnissen entspricht. Jedem das Seine!

Vor zwei Tagen brachte derselbe General-Anzeiger einen Artikel von Rudolf Stuken. Darin wird nachgewiesen, daß die bürgerliche Finanzpolitik der letzten Jahre zum Ruin führen mußte. Und die Richtigkeit der sozialdemokratischen Auffassung wird in der Sache unverblümt zugegeben. Wer an die Stellungnahme des General-Anzeigers zu unseren Steuerreformen zurückdenkt, wird den Kopf schütteln und an der Intelligenz der bürgerlichen Presse und ihrer Leser weitgehend zweifeln.

Jedenfalls empfehlen wir den Politikern im General-Anzeiger, den Leitartikel vom 18. Oktober noch einmal oder noch zweimal durchzulesen. Da bürgerliche Gedächtnisse zumeist etwas löchrig sind, und bei der nächsten Gelegenheit wieder auf einem anderen Loch pfeifen. Allerdings sind sie heute schon beim letzten angelangt.

Wer in der Politik und mit sich selbst nicht weiter weiß, der wird patriotisch und jängt an zu dichten. (Das gilt nicht nur für Zahnärzte; auch manch anderer Beruf läßt dem Geist reichlich Spielraum!) Auf diesem Niveau sind nun auch die Lübeckischen Anzeigen angelangt. (Nicht erst seit heute!) Sie machen Gedichte über den Schiet-Franzosen. Mögen sie! Aber wenn darin Verse vorkommen, wie: Genmol haut wie dat Nas noch scheef und krumm!, so ist das doch mehr als dumm. Denn wenn man dem Franzmann solche Aussichten macht, so wird es ihm kein Mensch abelnehmen, daß er sich vorzieht und lieber „krumm und scheef haut“, als sich hauen läßt. Nur möchten wir dem Franzosen dabei den ehrlieh gemeinten Rat geben, bei seinem „Scheef- und Krummhauen“ endlich die Richtigen zu fassen: die patriotischer Gedichtmacher, ihren Anhang und ihre Geinnungsgenossen. Da mit wäre Frankreich geholfen und — Deutschland auch!

Die Diktatur der Schwerindustrie.

In der demokratischen Wochenschrift „Die Hilfe“ wird die sehr zeitgemäße Frage aufgeworfen, wie sich die gesamte deutsche Industrie und Wirtschaft zu der Diktatur der Schwerindustrie stelle:

„Wollen alle Industriellen weiter wie bisher den unfähigsten Politiker Deutschlands, Herrn Stinnes, und seine Kreaturen mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen? Dann sehen wir dunkel in unsere soziale Zukunft. Der Mann hat seit zehn Jahren mehr Unheil in Deutschland und für den deutschen Namen im Auslande angerichtet, als irgend ein anderer. Er mag tausend Verdienste und „Verdienste“ haben, seine Unfähigkeit in allen politischen Fragen ist unermesslich. Man denke an den Kampf um die Erzbecken von Brieg und Longwy. Man denke an seinen Kampf gegen die rechtzeitige Stabilisierung der deutschen Mark. Man denke an die verbrecherischen Agitationen, die er und andere auch gegen eine entschiedene Finanzpolitik des Reiches geführt haben. Man denke an seine geschäftlich klugen, aber politisch höchst verderblichen Ausfälle und Gründungen, die er inner- und außerhalb Deutschlands betrieben. Man denke an seine Worte in Spa: Die Franzosen mögen nur ins Ruhrgebiet einmarschieren. Man denke an die „Industriellen Bewegungen“, die er betrieben hat und beirbt.“

„Recht interessant ist, daß das demokratische Blatt, dem man keine besonderen Sympathien für den Sozialismus nachsagen kann, die Feststellung macht, daß keine Sozialisierung dem selbständigen Unternehmertum mehr hätte schaden können, wie es Herr Stinnes getan hat. Alle stehen sich mit dem „Popanz der Sozialisierung“ schrecken und folgten willenlos der Führung von Stinnes.“

„Die Fertigungsindustrie stöhnt über hohe Eisenpreise, diese Preise werden im Stahlbund festgesetzt. Dort haben stets alle Unternehmervertreter, einschließlich der Verbraucher, wie z. B. die Handwerkervertreter, die höchsten Eisenpreise bewilligt, statt sich an die Seite der Arbeitnehmervertreter zu stellen, die, unter Beachtung auf Lohnherabsetzungen, für niedrige Eisenpreise eintraten. Und das geschah lediglich aus Furcht vor der „Sozialisierung“. Jetzt tritt Stinnes gegen die Kartelle auf und streut damit der Öffentlichkeit Sand in die Augen. Er braucht nämlich keine Kartelle. Er kann ohne Kartelle die Verbraucher noch ungenierter ausbeuten und kann noch mehr Industriellen den Hals umdrehen. Uns dünkt, die Stunde ist längst gekommen, in der man diesen Totengräber des freien Unternehmertums und des freien Staates hinter Schloß und Riegel setzen und seine Unternehmungen aufheben sollte.“

Der Kampf um die „Hilfe“ gegen den ungekrönten König der deutschen Republik ist eine Stimme in der Wüste. Trotz der verhängnisvollen Rolle von Stinnes in der deutschen Politik und Wirtschaft, beugt sich ein großer Teil des Bürgertums der Diktatur dieses „starken Mannes“, in dem es die Verkörperung der monarchistischen Idee auf wirtschaftlichem Gebiet sieht.

In der „Vossischen Zeitung“ setzt sich Georg Bernhard ausführlich mit dem Problem Stinnes auseinander und schildert zum Schluß die verhängnisvolle Rolle dieses Mannes in der auswärtigen Politik:

„Diese (stimmfeste) Presse kauft heute das deutsche Volk genau in der gleichen Weise über die Geltung von Stinnes im Ausland, wie es einst die governmentale Presse der Kaiserzeit hinsichtlich Wilhelm II. getan hat. Ohne diese Täuschung würde das deutsche Volk schon längst erkannt haben, daß im Auslande Hugo Stinnes heute genau dieselbe unheilvolle Rolle für Deutschland spielt wie einst Wilhelm II. Wohl ist die Auslandspresse voll von ihm. Und es soll der Anschein erweckt werden, als sei dieses Interesse ein Aktiopoliten. In Wirklichkeit schadet dem deutschen Volke nichts mehr als der Eindruck, daß es in Deutschland nur eine reale Macht gäbe: die des Herrn Stinnes. Und seine Pressestrategien, die dazu beigetragen haben, diesen Anschein zu erwecken, sind vor allem daran schuld, wenn man diesen allmächtigen Mann für fähig hält, die Reparationsfrage loszulagen aus seiner Tasche regeln zu können. Die nach außen so stark hervortretende Geldmacht dieses einen Deutschen, dessen Auslandshäute viel dazu beigetragen haben, Deutschland als zahlungsfähig aber zahlungsunwillig erscheinen zu lassen, verwischt den ganzen Eindruck, den die Schilderung der deutschen Noxe je gemacht hat und machen kann. Deshalb wird auch keine deutsche Regierung dem Ausland gegenüber die deutsche Politik mit nachhaltigem Erfolg vertreten können, solange nicht zutage tritt, daß der Mann, der in den Augen der Welt Deutschlands Reichthum repräsentiert, zu den allgemeinen Löhnen in dem vollen Maß seiner Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Das ist die entscheidende Probe.“

Die neuen Ermäßigungsätze beim Lohnabzug.

Das Reichsfinanzministerium hat die Ermäßigungsätze für den Lohnabzug in der dritten Oktoberwoche festgesetzt. Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gewesenen Ermäßigungen zu multiplizieren sind, ist auf 210 erhöht worden. Es bleiben daher folgende Beträge vom möglichen Steuerabzug unberührt:

Existenzminimum für Mann und Frau je	36 288 000 Mk.
für jedes minderjährige Kind	241 920 000 „
zur Abgeltung der Werbungskosten	302 400 000 „
Die Berechnung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn eines verheirateten Ehegatten mit zwei Kindern stellt sich daher in dieser Woche folgendermaßen:	
Wochenlohn	30 000 000 000 Mk.
10 % Abzug	3 000 000 000 „
Ermäßigungen:	
Existenzminimum für Mann und Frau	72 576 000 Mk.
zusammen	72 576 000 Mk.
für zwei minderjährige Kinder	483 840 000 „
zur Abgeltung der Werbungskosten	302 400 000 „
zusammen	853 816 000 Mk.

Es bleibt ein Lohnabzug zu zahlen: 2 141 184 000 Mk. Das entspricht einer steuerlichen Belastung von 7,1 % des Arbeitslohns.

Diese Steuerleistung muß als viel zu hoch angesehen werden. Die Ermäßigungen werden den tatsächlichen Verhältnissen bei weitem nicht gerecht. Es muß als unerträglich bezeichnet werden, daß der Arbeiter mehr als 7 % seines Wochenlohns als Lohnsteuer abzuführen hat. Wie das Beispiel zeigt, zahlt der Arbeiter in dieser Woche mehr als 2 Milliarden

Trotzdem: Wernunftspolitik!

SPD. Berlin, 19. Oktober.

Während die Marientwertung ins Endlose fortschreitet und die Reichsregierung mit der Erledigung innerpolitischer Konflikte beschäftigt ist, überlegt Herr Poincare kalten Herzens, wie er seinen „Bloc national“ über die nächsten Wahlen hinwegretten kann. Er sieht eine Möglichkeit hierzu in der Fortsetzung der gegenwärtigen Zustände im Ruhrgebiet und der Verneinung jeder Möglichkeit, die zur Lösung der Reparationsfrage in absehbarer Zeit führen könnte. Immer wieder verlangt das offizielle Frankreich von Deutschland die Wiederherstellung geordneter Zustände im Ruhrgebiet, obwohl es selbst alles tut, entsprechende Bestrebungen von deutscher Seite so gut wie möglich zu sabotieren. Herr Poincare will nicht begreifen, daß eine zufriedenstellende Ordnung der Verhältnisse im Ruhrgebiet ein gemeinsames Handeln von deutscher und französischer Seite voraussetzt und daß, solange diese gemeinsame Arbeit unterbleibt, jede Einzelbestrebung der Reichsregierung in ihrer Wirkung von vornherein außergewöhnlich herabgemindert wird. Das gleiche trifft auf die französischen Forderungen nach einem geordneten Budget zu. Der französische Ministerpräsident fordert die Sanierung des deutschen Geldwesens, aber seine Handlungen laufen in der Praxis darauf hinaus, die Anordnung in dem deutschen Staatshaushalt vergrößern zu helfen. Leider ist ihm dieses Spiel durch die Haltung der Reichsregierung und das Auftreten der Industrie im Ruhrgebiet sehr erleichtert worden. Anstatt mit der Aufhebung des passiven Widerstandes gleichzeitig in Paris bei der französischen Regierung und der Reparationskommission durch einen außergewöhnlichen Bevollmächtigten vorstellig zu werden, hat man es darauf ankommen lassen und Herrn Poincare so die Gelegenheit zu einer Taktik gegeben, die sich heute gegen das Reich und unser Volk auswirkt. Die Industrie hat diese Taktik gefördert, indem sie schließlich, gezwungen durch die Passivität der Reichsregierung, der französischen Ingenieurkommission in Düsseldorf nachließ und Herrn Poincare dadurch zu der Überzeugung brachte, daß er auch durch Intransigenz zu dem kommt, was er will, zu Reparationsleistungen. Unter welchen Umständen das gelingt, ist ihm vorläufig vollkommen „gleichgültig“.

Die ablehnende Haltung Poincares gegenüber allen deutschen Vorschlägen hat in unserm Lande vereinzelt eine Stimmung weckgerufen, die auf den vollkommenen Bruch mit der französischen Regierung hinarbeitet, und sich damit eine bisher nur von den Deutschnationalen vertretene Politik zu eigen macht. Alles Vergangene will man verleugnen, alle Opfer sollen umsonst gebracht sein, man will sich gewissermaßen selbst dem Schicksal überlassen, ohne gegen die Katastrophe anzukämpfen. Nichts wäre wahn sinniger als das, und es ist ausgeschlossen, daß von der Sozialdemokratie zu einer derartigen Politik die Zustimmung jemals gegeben werden kann. Vielmehr ist es auch jetzt trotz der Intransigenz Poincares noch unsere Pflicht, die politischen Verhältnisse nachzuhalten. Wir müssen in der Welt Klarheit darüber schaffen, was wir tun wollen und zu tun bereit waren, was wir können und nicht können und was Herr Poincare schließlich nicht wollte. Das ist nur möglich durch ein Angebot an die Reparationskommission, verbunden mit dem klaren Verlaß auf den Vertrag zuzustimmenden Erfolgen um Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit.

Endlich hat das auch die Reichsregierung eingesehen. Sie will jetzt, wo es fast zu spät ist, ein Angebot an die Reparationskommission machen, dessen Inhalt sich mit dem vom Reichskanzler in der Öffentlichkeit vertretenen Grundgedanken der deutschen Reparationspolitik deckt. Damit sind wir vollkommen einverstanden.

Mark an Lohnsteuer. Das ist ein Vielfaches aller der Steuerbeträge, die zusammengenommen ein Gewerbetreibender oder gar ein Industrieller zu zahlen hat. Sowohl das gegenwärtige System der Festsetzung der Ermäßigungsbeiträge als auch ihre absolute Höhe sind dadurch unmöglich gemacht.

Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge.

Nach der Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge betragen die möglichen Unterstützungssätze in den Ortschaften A, B, C und D bezw. E für Männer über 25 Jahre 1200, 1120, 1040 u. 960 Millionen Mark, für Männer unter 25 Jahren 720, 670, 620 und 560 Millionen, für Frauen über 21 Jahren 960, 900, 840 und 780 Millionen, für Frauen unter 21 Jahren 560, 520, 480 und 440 Millionen Mark. Der Familiensatz für den Ehegatten ist auf 440, 410, 380 und 350, für jedes Kind oder sonstigen unterstützungsberechtigten Angehörigen auf 340, 310, 280 und 260 Millionen Mark festgesetzt worden. Familiensätze dürfen nur in der doppelten Höhe der Hauptunterstützung gemehrt werden. Die bisherige Unterscheidung zwischen Personen über 21 Jahre im eigenen Haushalt und im fremden Haushalt fällt weg.

Für das besetzte Gebiet sind erhöhte Beiträge vorgesehen. Für den 15. und 16. Oktober ist der doppelte Satz und vom 17. Oktober ab das einfache der für das unbesetzte Gebiet geltenden Beträge zu zahlen. Für die laufende Woche ist also der zehnfache Tagesatz fällig. Er beträgt in den Ortschaften A, B, C und D bezw. E für Männer über 21 Jahre 12 000, 11 200, 10 400 und 9 600 Millionen Mark, für Männer unter 21 Jahren 7 200, 6 700, 6 200 und 5 600 Millionen Mark, für Frauen über 21 Jahre 9 600, 9 000, 8 400 und 7 800 Millionen Mark, für Frauen unter 21 Jahren 5 600, 5 200, 4 800 und 4 400 Millionen Mark. Die Familiensätze im besetzten Gebiete sind die gleichen wie im unbesetzten Gebiet. Die Beiträge, die nach der Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers sowohl im besetzten wie unbesetzten Gebiet bezahlt wurden, sind auf die genannten Beträge anzurechnen. Die Zahlungen haben spätestens in der ersten Hälfte der kommenden Woche zu erfolgen.

Die neue Lohnmehrzahl für die Reichsbeamten und Arbeiter.

Berlin, 19. Oktober.

Gestern haben im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Spitzenverbänden der Beamten, Angestellten und Arbeiter stattgefunden. Die Lohnmehrzahl für die Arbeiter soll in der dritten Oktoberwoche 1 Million betragen, die Mehzzahl für die Beamten im dritten Oktoberviertel 159 000.

Kündigungen auf der Rombacher Hütte.

II. Weimar, 19. Oktober.

Die Rombacher Hütte hat allen ihren Angestellten, Beamten und Arbeitern gekündigt. Es kommen etwa 3500 Personen in Frage. Auf andern Werken stehen ebenfalls Kündigungen bevor. Auf einigen sind solche bereits erfolgt. Wenn der Eisenbahnverkehr wieder so in Gang kommt, so daß die Industrie Kündigungen erhält und Gelegenheit hat, ihre Erzeugnisse absetzen, wenn

den. Aber darüber hinaus möchten wir wünschen, daß die Regierung in ihrem Vorschlag insbesondere die durch Frankreich in den Vordergrund des Interesses gerückte Wiederaufnahme der Sachlieferungen und ihre Finanzierung ausführlich behandelt. Das ist notwendig, weil ein Verhandeln auf direktem Wege mit Poincare heute nur bewußt Zeit vergeuden hieße. Bei der Behandlung der von uns angeführten Fragen ist selbstverständlich entscheidend, wie groß der Goldbetrag der Sachlieferungen sein kann, wenn er finanziell überhaupt erträglich sein soll. Mit der einfachen Erklärung, daß das Reich in Anbetracht seiner finanziellen Lage weder zur Finanzierung der Sachlieferungen, noch zur weiteren Unterhaltung der durch Poincare von der Arbeit abgehaltenen Bevölkerung im Ruhrgebiet nicht in der Lage sei, wird u. E. in der Welt nach den vergangenen Erfahrungen ein uns dienender Eindruck nicht gemacht werden. Von vornherein sollte deshalb auch in den amtlichen Stellen Klarheit darüber bestehen, daß die augenblicklich vertretene Auffassung nur dann im Auslande wirksam ist, wenn mit ihr zugleich Gedanken und Vorschläge darüber verbunden werden, wie sich das Reich die Durchführung der vertragmäßigen Verpflichtungen denkt. Nur von einer derartigen Politik versprechen wir uns Vorteile. Sie dürfte dem deutschen Namen mehr dienen, als es durch die jetzt vertretene Vergewaltigungstheorie geschehen konnte, während sie der Politik Poincares, die leider auch heute noch auf Grund der geschickten französischen Propaganda in weiten Teilen der Welt als berechtigt erachtet wird, Abbruch zu tun vermag.

Gerade bei der Betrachtung der Frage der Sachlieferungen und ihrer Finanzierung sollte nicht vergessen werden, daß eine gewisse Wiederaufnahme der Sachlieferungen selbst, unter den schwierigsten Umständen billiger sein kann als eine vollständige Verweigerung. Die jetzt von der Regierung verfolgte Theorie läuft in ihrer Wirkung auf eine Stilllegung der Werke im Ruhrgebiet hinaus. Das bedeutet nicht nur eine Brachlegung von Arbeitskraft, sondern auch Verschlechterung der Werke selbst durch natürlichen Verfall und irgendwelche Gewaltmaßnahmen von dieser oder jener Seite. U. E. muß deshalb das mögliche Maß von Sachlieferungen unter diesen Gesichtspunkten einmal geprüft werden. Dabei könnte man, was die Finanzierung anbetrifft, an verschiedene Wege denken, die zu beschreiten, politisch und wirtschaftlich gesehen, weit zweckmäßiger ist als die Ablehnung jeder Sachlieferungen. Eine scharfe Heranziehung derjenigen, die bisher an Sachlieferungen Unternehmerrückgewinn erzielt haben und noch erzielen wollen, würde die Möglichkeit zur Finanzierung eines Teiles der vertragmäßigen Sachlieferungen bieten. Ob diese Heranziehung in der Form geschieht, daß die Personen oder Körperschaften in Goldanleihe oder Rentenmarkpfandbriefen unter Anrechnung gewisser Opfer entschädigt werden — mit der Verpflichtung, in solchen Papieren Reserven anzulegen — oder ob man ihnen eine kostenlose Ablieferung eines Teils dieser Erzeugnisse verlangt (Natursteuer), bezw. schließlich die Umlage dieses Betrages auf die gesamte Wirtschaft nach dem System Sachburg vollzieht, sind Fragen der Ausführung im einzelnen.

Der von uns vorgeschlagene politische Kurs läuft nicht darauf hinaus, Herrn Poincare das Letzte in die Hand zu spielen, sondern hat den Sinn, ihn aus der Offensive in die Defensive zu drängen. Leider war das bisher infolge einer Reihe von Versäumnissen nicht möglich. Aber er kann in die Defensive gedrängt werden, wenn Deutschland vor aller Welt den klaren Beweis über seine Fähigkeiten und Unfähigkeiten liefert. Bis jetzt sind hierzu nur halbe Versuche gemacht worden!

weiter das Erforderliche geschieht und geschehen kann, um die für die Uebergangszeit erforderlichen Kredite zu beschaffen, so darf man hoffen, daß die Kündigungen größtenteils wieder rückgängig gemacht werden. Es bedarf allerdings bedeutender Anstrengungen, um die Krise zu überwinden.

Volkstunfgebungen in Sachsen.

SPD. Dresden, 19. Oktober.

Die fünf Massenfundgebungen, die am Donnerstagabend gemeinsam von der SPD. und KPD. einberufen waren, fanden unter so ungeheurer Beteiligung statt, daß auch fünf Parallelversammlungen, die sofort veranstaltet wurden, überfüllt waren. In sämtlichen Versammlungen, in denen als Redner u. a. die kommunistischen Minister Hedert und Böttcher, der bisherige Wirtschaftsminister Genosse Zellisch und Landtagsabgeordneter Genosse Artz sprachen, wurden Resolutionen angenommen, in denen der Regierung Zeigner das volle Vertrauen ausgesprochen, die Regierungsumbildung begrüßt und gegen den Belagerungszustand und die Militärdiktatur Stellung genommen wird. Die sächsische Regierung wird aufgefordert, unentwegt ihren Kampf fortzusetzen und insbesondere mit allem Nachdruck die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern.

Gegen den Belagerungszustand:

Die Forderung des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird auch von den Gewerkschaften durch einen gemeinsamen Beschluß der Bundesvorstände des I. O. G. B., des I. A. L. B. und des I. A. B. entschieden unterstützt. Die Spitzenvertreter der Gewerkschaften weisen insbesondere darauf hin, daß bereits mehrfach durch Eingriffe der militärischen Befehlshaber die freie Betätigung der legalen gewerkschaftlichen Organisationen behindert wurde und dadurch der Eindruck einer einseitigen Parteinarbeit zugunsten der Unternehmer hervorgerufen worden ist. Den Gewerkschaften werde so in der jetzigen großen Wirtschaftskrise die Erfüllung ihrer schweren Aufgaben durch die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in hohem Maße erschwert oder gar unmöglich gemacht. Deshalb wird seine baldige Aufhebung dringend verlangt.

Die preussische Grundsteuer ist am Freitag nachmittag im Ständigen Ausschuss des Landtages gegen die Stimmen der Deutschnationalen und eines Teiles des Zentrums angenommen worden. Der Regierungsentwurf wurde nur unwesentlich abgeändert. Während er eine Besteuerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit 3,60 Goldmark und des städtischen Grundbesitzes mit 2,40 Goldmark für zwei Morgen vorsah, wurde die monatliche Einziehung von 20 Goldpfennigen für den städtischen und 25 Goldpfennigen für den ländlichen Grundbesitz beschlossen. Für den ländlichen Grundbesitz bedeutet das eine Verminderung von 30 auf 25 Goldpfennigen.

Moskauer Realpolitik.

Sowjetrußland und die deutsche Revolution.

Von R. Abramowitsch.

Das Erscheinen des Artikels von Professor S. Tschachotin „Rußland und die deutsche Krise“ in der Sonnabendausgabe des „Vorwärts“ hat in politischen Kreisen ein gewisses Aufsehen erregt. Ein Redakteur des „Natamne“, das als offizielles Organ der Berliner Sowjetmission angesehen wird, als Mitarbeiter des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie ist immerhin keine alltägliche Erscheinung.

Professor Tschachotin ist freilich kein eigentlicher Kommunist. Er gehört jener Gruppe russischer bürgerlicher Intellektuellen an, die in russischen Kreisen als „Umlerner“ bezeichnet werden. Professor Tschachotin ist seit über zehn Jahren auf dem besten Wege „zu einer wirklichen sozialen Demokratie“ sei, als welche er offenbar eine Gesellschaftsform betrachtet, in der Sozialdemokratie und Sozialrevolutionäre, die jahrzehntelang für die Revolution und den Sozialismus gekämpft haben, auf Staatskosten nach dem Nordpol deportiert werden. Ferner ist Prof. Tschachotin der Ansicht, daß Sowjetrußland nach der Einführung der „neuen Wirtschaftspolitik“ nicht auf den Boden der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung getreten sei, sondern daß vielmehr schon die bloße Existenz des Sowjetstaates ausreiche, um durch die wirtschaftliche Wechselwirkung zwischen Rußland und dem Westen „ohne Katastrophen und gewalttätige Erschütterungen“, alle kapitalistischen Staaten Europas in einen „Bund von Arbeitsstaaten“ zu verwandeln, wobei unter „wirtschaftlicher Wechselwirkung“ offenbar die Konzeptionen von Otto Wolff, Krupp, Stinnes und Arquath usw. angesehen werden.

Doch um diese Fragen handelt es sich in diesem Augenblick nicht. Wenn der Artikel Professor Tschachotins das öffentliche Interesse beansprucht, so vor allem deshalb, weil er wahrscheinlich doch nicht ohne Wissen und Willen seiner Obrigkeit geschrieben worden ist, die sonst bei ihren Untergebenen keine Seitensprünge duldet. Soweit in seinem Artikel praktische Wünsche hinsichtlich der Richtung der deutschen Politik zum Ausdruck kommen, muß man ihn als Widerspiegelung der Stimmungen einflussreicher russischer Regierungskreise betrachten. Diese Vermutung findet ihre Bestätigung, wenn man die Erklärungen im „Vorwärts“ mit den Äußerungen der maßgebenden Führer der russischen kommunistischen Partei über die „neue Taktik“ der deutschen Kommunisten vergleicht, die in den letzten Tagen in der Moskauer „Prawda“ erschienen sind.

Die genugsam bekannte offizielle kommunistische Schablone, nach der die Ereignisse in Deutschland sich vollziehen, ähnlich wie die russischen Ereignisse im Jahre 1917 entwickelten. Hier bisher darauf hinaus, daß Deutschland sich unmittelbar vor seiner siegreichen „Novemberrevolution“, d. h. vor dem kommunistischen Umsturz befindet. Zum eisernen Bestand dieser schablonenhaften Auffassung, und zwar als ausschlaggebendes Argument, gehörte ferner die Hoffnung auf die kraftvolle wirtschaftliche und militärische Unterstützung Sowjetrußlands. Man rechnete einestweils auf russische Getreidezufuhren und andererseits auf die „mächtige rote Armee“, die, nach der pompösen Schilderung des baltischen Kommunisten Eisenberger in der „Roten Fahne“, an der polnischen Grenze sprunghaft dastehende, um auf den ersten Ruf die Armeen Polens „wie Grassalme“ niederzutreten und der deutschen Revolution zu Hilfe zu kommen. Der „Klang“ wurde aus solchen Hoffnungen heraus eine heftige Agitation in Deutschland geführt, und zwischen Sowjetrußland und Hafenkreuz wurden jährtliche Fäden geknüpft.

Indessen fehlte es in Kreisen der russischen Sowjetregierung nicht an Leuten, die aus ihrer Kenntnis der wirklichen Lage Deutschlands den Schluss zogen, daß die Lasten, die der kriegerische Kommunismus Rußlands aufbürdete, in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht vollkommen untragbar seien. Der innere Kampf zwischen der realpolitischen Strömung in der russischen Regierung und den Umlernern der kommunistischen Internationale hat ansehnlich nach den kürzlich in Moskau abgehaltenen internationalen Beratungen mit einem Sieg der Realpolitik geendet.

Troßki, der verantwortliche Leiter der russischen Armee, hat, wie bereits im „Vorwärts“ kurz erwähnt, in seinem Gespräch mit dem amerikanischen Senator Ring kategorisch und unzweideutig die Legende von den militärischen Interventionsabsichten Rußlands zerstört.

„Wenn wir“, so führte er aus, „den Sieg der deutschen Revolution sichern könnten, ohne das Risiko militärischer Operationen auf uns zu nehmen, würden wir alles tun, was in unserer Macht steht. Aber in einem inneren Bürger-

krieg können wir uns nicht einmischen. Denn diese Einmischung wäre nur möglich in Form eines Krieges mit Polen. Einen Krieg jedoch wollen wir nicht... Wir wissen zu genau, daß ein Krieg zwischen Rußland und Polen eine Feuersbrunst in ganz Europa entzündet würde, die die Ueberreste der europäischen Zivilisation vom Erdboden vertilgen würde.“ („Prawda“, Nr. 221, 30. 9. 23.)

In derselben Richtung wie Troßki wirkt nun auch Radek. Schon vor einigen Wochen appellierte er an die deutschen Kommunisten, mit der Revolution so lange zu warten, bis sie eine Million Mitglieder in der Partei haben würden. Jetzt entwirft er in der „Prawda“ vom 2. Oktober (Nr. 222) ein Bild der vorläufigen revolutionären Entwicklung Deutschlands, aus dem hervorgeht, daß die deutsche Revolution nur nach vorausgegangenem Niedergang des norddeutschen Proletariats und der Absonderung der süddeutschen Länder Aussicht habe, den Sieg zu erringen, da die französische Armee, die dann Deutschland besetzen würde, infolge des ausbrechenden Freiheitskampfes und unter Einwirkung der zahlreichen Deutschen, die französisch sprechen, zerlegt werden würde. Wer die kommunistische Kunstsprache kennt, wird leicht verstehen, daß die neuen Radekschen „Perspektiven“ nichts anderes bedeuten, als eine etwas umständliche Art, zu der bereits angelegten kommunistischen Revolution in Deutschland Nein zu sagen.

Professor Tschachotin ergänzt die Ausführungen Troßkis und Radeks, indem er offen verkündet, daß Rußland nicht nur in militärischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung — infolge des unerhörten ökonomischen Ruins, von dem sich die Bolschewisten, nach Preisgabe aller kommunistischen Illusionen und nach Einführung primitivster kapitalistischer Methoden, erst mühsam zu befreien anfangen — nicht in der Lage sei, die Kosten eines revolutionären Experimentes in Deutschland zu tragen, und daß die russischen Wirtschaftspolitiker selbst eine erfolgreiche deutsche Revolution, die von Rußland ökonomisch unterstützt werden müßte, als ein Unglück für die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands betrachten.

Offenbar auf Befehl ihrer Moskauer Zentrale und zum Teil wohl gewichtig durch eigene Erfahrungen haben die deutschen Kommunisten nun ihre Taktik geändert, indem sie in Sachsen und Thüringen in die Regierung eingetreten sind und die Verantwortlichkeiten übernommen haben, die deutsche bürgerliche Republik und ihre Verfassung zu verteidigen. Es wäre freilich ein großer Irrtum, anzunehmen, daß diese mehr realistische Einstellung der Führer des russischen und deutschen Kommunismus sich ohne Schwankungen und Rückschläge durchziehen würde. Nicht nur in den Reihen des linken Flügels der KPD, sondern auch unter einflussreichen Führern der russischen kommunistischen Partei sind genügend Elemente vorhanden, die sich mit dieser neuen Taktik nicht ausöhnen können. Und selbst unter denen, die diese Taktik jetzt notgedrungen anwenden, gibt es sicherlich nicht wenige, die sie als vorübergehendes schlaues Manöver betrachten, um die deutschen Sozialdemokraten zu betrügen und sie zeitweilig in Sicherheit zu wiegen.

Beweise für diese Annahme sind in genügendem Maße vorhanden. So erschien am 6. Oktober, zur Zeit, als die Frage des Eintritts der Kommunisten in die mitteldeutschen Regierungen bereits entschieden war, in der „Prawda“ ein Leitartikel, der sich heftig gegen die „Politikaster“ wandte, die noch immer hofften, die bürgerliche Republik zu retten, und die deutschen Kommunisten warnte, „sich im entscheidenden Moment mit den deutschen Menschewisten zu verbinden, die bereits tausende Male Verrat geübt hätten.“ In derselben Nummer der „Prawda“ überschriebte der Kommunist M. Wassagin Troßki mit heiferer Ironie, indem er jene Leute verhöhnt, die plötzlich „panische Furcht vor einer europäischen Feuersbrunst“ bekommen haben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es nicht an Versuchen fehlen wird, den eingeschlagenen realpolitischen Kurs wieder in sein Gegenteil zu verkehren. Jede neue Veränderung in der internationalen Situation wird die Führer des russischen Bolschewismus erneut vor die Versuchung stellen, revolutionäre Experimente in Deutschland vorzunehmen. Aber der Prozeß der Umwandlung der russischen kommunistischen Partei in die russische Regierungspartei ist, nach der Preisgabe des Kommunismus und der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik, zu weit fortgeschritten, als daß ein Rückfall in die revolutionäre Romantik wahrscheinlich wäre.

Zum Schluss seiner Unterhaltung mit Senator Ring erklärte Troßki mit heiferer Ironie, indem er jene Leute verhöhnt, die plötzlich „panische Furcht vor einer europäischen Feuersbrunst“ bekommen haben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es nicht an Versuchen fehlen wird, den eingeschlagenen realpolitischen Kurs wieder in

sein Gegenteil zu verkehren. Jede neue Veränderung in der internationalen Situation wird die Führer des russischen Bolschewismus erneut vor die Versuchung stellen, revolutionäre Experimente in Deutschland vorzunehmen. Aber der Prozeß der Umwandlung der russischen kommunistischen Partei in die russische Regierungspartei ist, nach der Preisgabe des Kommunismus und der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik, zu weit fortgeschritten, als daß ein Rückfall in die revolutionäre Romantik wahrscheinlich wäre.

Zum Schluss seiner Unterhaltung mit Senator Ring erklärte Troßki: „Unsere Wirtschaftspolitik ist eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für neunzig Millionen russische Bauern. Wir würden uns selbst den Schädel einrennen, wenn wir diese Politik preisgeben wollten.“ Aber die weitere und unabwendbare Auswirkung dieser Anpassung an den kleinbürgerlichen Charakter Rußlands besteht auch darin, daß sich die Führer des russischen Bolschewismus im jetzigen kritischen Augenblick entschlossen haben, ihre internationale Politik zu ändern. Ohne sich hinsichtlich der Festigkeit der „neuen Taktik“ der Kommunisten und ihrer Annäherung an den demokratischen Sozialismus besonderen Illusionen hinzugeben, hat die russische und die internationale Sozialdemokratie dennoch allen Grund, die Tatsache hervorzuheben, daß die kommunistische Internationale das Ziel preisgegeben hat, die Revolution „auf den Spitzen der Bajonette nach dem Westen zu tragen“, und sich nun auf den von der Sozialdemokratie stets vertretenen Standpunkt Troßkis gestellt hat, daß „nur die Revolution ihre Lebensfähigkeit erweist, die aus eigener Kraft zu liegen vermag.“

Die Meininger Bluttat.

In der Donnerstagsitzung des Thüringischen Landtags gab Staatsminister Frölich für die neugebildete Landesregierung zu dem traurigen Vorfall in Meiningen am 13. Oktober folgende Erklärung ab:

„In Meiningen ist durch die Schuld der Reichswehr, die von der Polizei nicht zu Hilfe gerufen worden ist, wertvolles Arbeiterblut geflossen. Drei Menschen haben ihr Leben eingebüßt. Heute werden die Opfer zur letzten Ruhe gebettet. Die Regierung bedauert den Verlust der Opfer, die ohne das Eingreifen der Reichswehr vermieden worden wären. Den Hinterbliebenen spricht die Regierung ihre Anteilnahme aus und verspricht in dieser Stunde, alles zu tun, Klarheit über den Vorgang zu schaffen und nicht zu ruhen, bis der Ausnahmezustand beseitigt und die Freiheit des Volkes gesichert ist.“

Bermischte Nachrichten.

Ein Rieseneuer in Waghmannsdorf. Ein gewaltiger blutroter Feuerschein alarmierte am Donnerstagabend die Berliner Feuerwehr. Es stellte sich heraus, daß das Dorf Waghmannsdorf bei Selchow auf dem Plateau des Teltow zwischen der Zöllner- und der Mittenwalder Bahn brannte. Zahlreiche Wehren waren schon zur Stelle und gaben Wasser, an dem es leider mangelte und das mit langen Schlauchleitungen aus Pöhlen und Brunnen mühselig herangeschafft werden mußte. Es brannten mehrere Gutsböden mit gefüllten Scheunen, Stallungen und Getreidefammern. Das Vieh konnte zum größten Teil in Sicherheit gebracht werden, nur die Rettung des Geflügels war teilweise unmöglich. Angehts der großen Ausdehnung des Brandes vermutet man vorläufige Brandstiftung. Ausgenommen ist das Feuer angeblich in einem Kuhstall. Der Schaden ließ sich noch nicht ermitteln. Getreide soll allein für mehrere Millionen Mark vernichtet sein.

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inzinate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Spanetti
die beste Milch-Schokolade

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.

Von Leon Frapic.

19. Fortsetzung.

Nach Verlauf einiger Wochen vervollständigte sich diese Harmonie zu einem geheimen Einverständnis:

„Suletta, unterlassen Sie jene Kleinigkeit nicht, Mama würde Sie ausankeln, ich kenne ihre Manie. Suletta, ich möchte Kaffee trinken, ich habe einen Kater, Sie werden nichts verraten, — nehmen Sie doch ein wenig davon. Wollen Sie Kam?“

Dann verfiel Albert wieder in einen spaßig befehlshaberischen Ton:

„Sagen Sie doch, Suletta, Sie schreiben ebenso gut wie ich, das hab' ich aus Ihrem Ausgabenbuch gesehen; Sie würden sehr nett sein, wenn Sie mir drei oder vier Seiten aus dem physischen Kolleg abschreiben, ehe Sie schlafen gehen. Ich habe mit das Kollegienheft eines Kameraden geborgt.“

Die Schmeichelei, die in diesem Erluchen lag, erweckte in ihr eine träumerische Bewunderung für Herrn Albert, der Wissenschaften studierte, von denen man fast gar nichts verstand. Und der junge Mann ließ es nicht dabei bewenden, er gewann noch auf eine andere Art einen liebenswürdigen Einfluß auf das Dienstmädchen. Sie mußte die Befehle des Herrn und der Frau verlesen und ohne Erlaubnis für ihn Tabak kaufen. Briefe auf die Post schaffen. Manchmal verlangte er während des Waschens, naht bis an die Hüften. Wasser, hat dann, daß man ihm den Hemdkragen zuknüpfe.

Eine unwiderstehliche Herrschaft bildete sich aus dem Zusammenreffen verschiedener Elemente: dem normalen Despotismus des Herrn, den Ansprüchen des verwöhnten Kindes, der Bildungsvorliebe, der Zartheit und dem Freimut der halbvertraulichen, ungewohnten Bitten um Dienste. Eine gewisse Gewenstung überkam Suletta, der sie sich unbewußt hingab, sie fühlte sich dem vulgären Bedientenstand entrissen, trat in ein anderes, ihr aufgepariertes, unbekanntes Dienstverhältnis.

Die Gärung in den beiden zu eng nebeneinander lebenden Menschen hörte nicht mehr auf.

Als man definitiv bei familiärer Gleichstellung anlangte, nach und nach die Befehle familiären Ton annahmen, als Suletta sich zu einer Fügsamkeit, ähnlich der einer Amme, Mutter, älteren Schwester, verstand, hatte, brauchte Albert nur mehr aus diesem Vorteil Nutzen zu ziehen; jetzt konnte er sich erlauben, zu spazieren, zu neuzeln, zu tändeln, zu belästigen; keine Bewegung, keine Weigerung oder Verstimmung war ja ernst zu nehmen, und außerdem hatte Suletta von ihrer ungehobigten Kraft eingebüßt, sie konnte nicht mehr zornig ihren Wunsch, „in Ruhe gelassen zu werden“, zum Ausdruck bringen.

Von nun an gab es vom Morgen bis zum Abend von seiten Alberts knabenhafte Signale. Augenwinkern freundschäftlichen Einverständnisses, neckende Miene, lokalisierte Androhungen schon fast Berührungen, welche nahe tätliche Kühnheiten vorbereiteten. Wirklich kamen diese Späße, diese Scheinplänkeleien zwischen Jungling und Jungfrau der Beschlagnahme eines Individuums durch ein anderes gleich; gewisse Arten, sich etwas in die Ohren zu hären, den Atem ins Gesicht blasen, sich nahe zu kommen, gedrängt beieinander zu stehen, sich in die Augen zu schauen, mit feinem Willen den ihren zu beeinflussen, brachten die gleiche Verzeichnung des Lebens hervor, als wenn eine Berührung der Körper vor sich gegangen wäre.

Die Folge war, daß an dem Tage, da Albert auf den Zehenspitzen in die Küche schlich und untersuchen einen Fuß auf Sulettes Raden preschte, diese zwar rief: „Ach, Sie haben mich erschreckt... ich will dieses Benehmen nicht!“, aber doch kaum mehr eine Steigerung wahrnahm: Albert hatte im Winkel verborgen, ihr schon einmal Furcht vor einer Umarmung eingeflößt. Sie hatte das erste Anzeichen erduldet; es war zu Ende, sie gehörte sich selbst nicht mehr, es konnte noch mehr oder weniger Zeit vergehen, aber die verführerischen Zärtlichkeiten müßten sie völlig gewinnen.

Herr und Frau Leroy beschäftigten sich außerhalb des Dienstes nicht mit dem Mädchen und schienen keineswegs das Treiben ihres Sohnes zu bemerken. Wenn Suletta das Frühstück aufzutragen begann, bestete Herr Leroy immer einen bedächtigen Rennerblick auf sie; das war eine schnelle und strenge Untersuchung, welcher eine vollständige Gleichgültigkeit folgte.

Einmal, als Suletta bei einem Ueberfall im Korridor gegen Frau Leroy anrannte, schrie diese entrückt:

„Gott soll mich verdammen, ich glaube, Sie spielen.“ Aber so gleich wendete sie sich ab, entfernte sich und zeigte später nichts in den Miene, daß ihre Aufmerksamkeit gewandt worden sei.

Uebrigens verdiente Sulettes Arbeit keinen Tadel. Sie besorgte sie gleichsam im Zustand des Somnambulismus; unter der Herrschaft einer einzigen Erwartung gab sie sich, unfähig, zu denken, keine Rechenschaft über die Art, wie sie lebte. Sie schien alle ihre vormaligen Herren seit langen Jahren verlassen zu haben; doch behielt sie einen großen Widerwillen gegen frühere Unterduldung. Was die Gegenwart anging, so wußte sie, daß eine Gefahr ihr drohte, aber das war alles; in einer Art von Taumel besangen, sah sie keine Möglichkeit, sich derselben zu entziehen. Und alle Tage, vom ersten Kusse an, fand eine neue Ueberwindung von Zärtlichkeiten statt, welche sie mit verwirrter, glücklicher und zugleich ängstlicher Erwartung erwartete. Albert machte sich unwiderstehlich immer mehr zum Herrn ihres Körpers und Willens; jeden Tag verminderte er das Gut der Schamhaftigkeit und befestigte so ihre Widerstandskraft; er machte sie nachgiebig, bezwang sie durch immer dringlicher und erpönderlicher werdende Einfälle.

„Suletta, geben Sie mir die Hand, damit ich Ihnen die Luft hole.“

Sofort war diese ergriffen und geliebt.

„Suletta wollen Sie mit mir ringen? ... Ach, haben Sie ein hartes Gelenk!“

Man hielt es fest und glitt schmeichelnd unter die Aermel und fühlte sich bis zum Ellenbogen hinauf.

Suletta ließ einige zurückweichende Worte hervor, lächelte mit nervös verzerrtem Gesichtsausdruck, befreite sich mit trampfhaften Stößen und entkam. Oft wurde es beim Nahen Alberts bewegungslos; wie ein an Schlägegedrängtes Kind vor dem erhobenen Knüttel regungslos stehen bleibt.

Die Begegnungen in den Gängen, zwischen den Türen, gewährten ferner Möglichkeiten, die Taille des Dienstmädchens zu umschlingen und, etwas vor sich hintrallend, zu fragen: „Können Sie tanzen?“ Dieser runde Arm lächelte Suletta gleich einer unzweifelbaren Kette; der Druck auf die Hüfte machte ihr Blut schneller fließen, tief Ohrensausen, Schwindelgefühle hervor.

Der Sommer erstrahlte in wolkenloser, süßender wunderbarer Pracht. Der Lurus der Wohnung, der Blumen, der kunstvollen Nippachen, der prächtige, graziose, erfreuende Anblick der Möbel forderten Suletta auf, das Leben zu genießen, sich ihm zart anzupassen, die kräftige und überreichliche Nahrung machte den Körper schlaff, betäubte den Willen.

Gewohnungen trug Suletta dünne Kleidung und ihre Haut war leicht zu finden. Uebrigens kam das Insaßen über den Kleibern Berührungen auf bloßer Haut gleich, und für Augenblicke fühlte sie ihre Formen unberührt durch das Gewand schimmern oder gewisse Blöße das Gewebe durchdringen und sich sogar auf den geheimsten Ecken ergehen.

Eines Morgens, als sie die Arme erhoben, einen Spiegel pugte, wollte Albert sich zumühe machen, daß nur ein dünnes Täschchen ihr Korsett bekleidete; er bemühte sich, nach ihrer Brust zu fassen.

„Sie haben kein Herz, meine kleine Suletta; lassen Sie mich unteruchen, ob Sie ein Herz haben.“

Und mit einem einzigen Griff rissen seine Finger einen Knopf auf, tauchten gerade in den Einschnitt des Korsetts und umfaßten die erztarrte Rundung.

Diesmal stürzte Suletta, bebend, außer sich, in die Kammer und zog eine große Tristofade über; dann setzte sie sich nieder, um ein wenig das heftige Schlagen ihrer Adern zu beruhigen und dachte ernstlich daran, ihre Sachen zusammenzupacken und so schnell als möglich ohne ein Wort zu sagen, zu flüchten. Aber sie war kraftlos und wie festgebunden; Scheingründe aller Art und besonders das Grauen, wieder in die Gewalt kleiner, armlischer Bürgerleute zu fallen, hinderten sie, dieses rettende Vorhaben auszuführen. Der ganze Ausglick am nächtlichen Tage bestand darin, Herrn Albert ein finstres Gesicht, entzweigten Ton und energische Zurückweisung entgegenzusetzen. (Fortsetzung folgt.)



Für
Wollwachen
gebrauchen Sie ein Waschmittel, das jedes Reiben der
Stoffe überflüssig macht.
Persil

ist für die Behandlung von Wollwäsche das gegebene
Waschmittel. Es bewirkt die Säuberung selbsttätig, ohne
mechanische Einwirkung, gewährt also größtmögliche
Schonung des Gewebes.

Ein Verfäulen und Einschrumpfen ist ausgeschlossen;
die Stücke bleiben griffig und weich und behalten
ihre Farben. — Man wäscht Wollwachen handwarm durch
leichtes Drücken und spült in gleichfalls schwachwarmem
Wasser gut nach. — Beim Trocknen dürfen sie keiner
großen Hitze (auch nicht der Sonne) ausgesetzt werden.

Allgemeine Ortsrententafel Lübeck.

Mit Wirkung vom 22. Oktober 1923 treten folgende neue Lohnstufen
und Beiträge in Kraft:

Lohnstufe	Arbeits- entgelt für die Woche b. einschl.	Grund- lohn	Wochen- beitrag	Krankengeld		Sterbegeld	
				bei Regel- Leistungen	Mehr- Leistungen	bei Regel- Leistungen	Mehr- Leistungen
in Millionen Mark							
I	4,48	48	83,6	24	28,8	960	1.440
II	2.529	210	147	105	126	4.200	6.300
III	5.046	540	378	270	324	10.800	16.200
IV	8.400	960	672	480	576	19.200	28.800
V	11.760	1.440	1.008	720	864	28.800	43.200
VI	15.120	1.920	1.344	960	1.152	38.400	57.600
VII	18.480	2.400	1.680	1.200	1.440	48.000	72.000
VIII	21.840	2.880	2.016	1.440	1.728	57.600	86.400
IX	25.200	3.360	2.352	1.680	2.016	67.200	100.800
X	28.560	3.840	2.688	1.920	2.304	76.800	115.200
XI	31.920	4.320	3.024	2.160	2.592	86.400	129.600
XII	35.280	4.800	3.360	2.400	2.880	96.000	144.000

Der Anspruch auf die Barleistungen nach diesen Grundlöhnen ent-
steht erst vom 5. November 1923 an.

Lübeck, den 18. Oktober 1923.

Joh. Körner, Vorsitzender.

A. Steudel, Schriftführer.

NG
R. L. e. V.
Vereinsgemeinschaft
für Bestellungen
e. V. Lübeck.

Nach dem gemeinschaftlichen Beschlusse von Vorstand und Kontrollaus-
schuß am 19. Oktober be-
tragen die Beiträge für
die Zahltag 27. Oktober
und 3. November in den
drei Beitragsklassen 280,
400 und 450 Millionen
Mark pro Woche.
Im Sterbefall kann
der Vorstand Unterstüt-
zung in Höhe von 80
Millionen Mark ge-
währen und bei Sterbe-
fällen von Kindern in
den einzelnen Stufen
8, 12, 16, 24, 32 und 40
Millionen Mark. Bei-
tragzahlung an Wochen-
tagen von 9—1 Uhr.
Wer die Beerdigung
eines Familienangehörigen
ermöglichen will, er-
klärt seinen Beitritt im
Geschäftslokal, Gunde-
straße 49/51. (7724)

Brillanten
große Objekte,
Gold-, Silber-,
Münzen-, Platin-
alte Gebisse
kauft ständig
Alfred Frick,
Mühlstr. 63.

Stepphüte
jeder Größe werden an-
gefertigt von mitgebrach-
tem Stoff. (7720)
Meine Gröpelgrube 30, 1.

Uhren
Alle Waren auf Teilzahl.
H. Schultz, Joha-
nisstr. 23

Für die
richtige Wiedergabe
telephonisch
übermittelter Anzeigen
übernehmen wir keine
Gewähr. Fehlerhafte,
auf diesem Wege be-
stellte Anzeigen gehen
zu Lasten des
Bestellers.
Die Geschäftsstelle des
Lübecker Volksboten.

Steppdecken
Anfertigung u. Neu-
beziehen Spethmann
Breitestr. 31 Fernsp. 8559
(7547)

Lübeck,
Unter-
trabe
111/112

Telephon
818/19.

Kohlen-Kontor

ab Anfang November

Holstenstr. 17.

Lübeck,
Unter-
trabe
111/112

Telephon
818/19.

Universitätswoche

21.—27. Oktober 1923.

Vorträge.

- Sonntag, 21. Oktober. 11—1 Uhr: Prof. Dr. Körig, Grundzüge südbi-
hansischer Geschichte.
5—7 Uhr: Privatdozent D. theol. Bruhn, Darstellung und Kritik
der Theosophie und Anthroposophie.
- Montag, 22. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Kauffmann, Die Blütezeit
der deutschen Romantik.
8—10 Uhr: Prof. Dr. Jacoby, Griechische Geschichtsschreibung.
- Dienstag, 23. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Kauffmann, Romantik.
8—10 Uhr: Prof. Dr. Kossel, Die naturphilosophische Bedeutung
der neueren Ansichten über Materie.
- Mittwoch, 24. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Kauffmann, Romantik.
8—10 Uhr: Privatdozent Dr. Peterjen, Geist und Leben der
germanischen Heldendichtung in den skandinavischen Ländern
und Schleswig-Holstein.
- Donnerstag, 25. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Schrader, Schicksal und
Willensfreiheit im indischen Denken.
8—10 Uhr: Prof. Dr. Wirk, Die Sonne.
- Freitag, 26. Oktober. 5—6 Uhr: Prof. Dr. Schrader, Nordische Bezie-
hungen der süd-indischen Sprachen.
8—10 Uhr: Prof. Dr. Freyer, Kultur und Staat.
- Sonnabend, 27. Oktober. 8—10 Uhr: Prof. Dr. Skalweit, Der deutsche
Bauer und die Revolution.

Hansischer Geschichtsverein.

Sonntag, 28. Oktober. 11 Uhr vormittags: Prof. Dr. Diedrich Schäfer,
Deutsche und Skandinavien. (7718)

Ort der Vorträge: Aula des Johanneums. Eintrittskarten bei Ernst
Robert, Breite Str. 29 und an der Abendkasse. Preise: Einstündiger Vor-
trag: 20 Millionen M. Zweistündiger Vortrag: 160 Millionen M.
Dreistündiger Vortrag: 240 Millionen M.; für Schüler die Hälfte.
Vortrag Prof. Schäfer: 160 Millionen M.

König kauft Felle
Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!
Karl König (7707)
Hamburg, Zeughausmarkt 2. Fernruf Merkur 5128.
Bergedorf, Kühberg 2. Fernruf Nr. 777.
Leipzig, Packhofstraße 3. Fernruf Nr. 29 519.
Eigene Fabrik für Pelzveredelung!

K OLOSSEUM
Sonntag, 21. Okt.
Gr. Ball
Kasseneröffnung 5 1/2 Uhr. (7677)
Graphische Liedertafel.

**Deutscher Holzarbeiter-
Verband.**
Verwaltungsstelle Lübeck (7722)
Betriebsräte- und
Vertrauensleute-
Versammlung
am Montag, 22. Oktober
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus,
Die Ortsverwaltung.
Friedrich-Franz-Halle.
Jeden Sonntag: Tanz.
(7742)

Fledermaus
8 Uhr.
(7711)

Café Bernhardi
Fackenburg Allee 9.
Täglich nachm. Konzerte.
(7706) u. abds.: Konzert.

Hansa-Theater.
Sonntag u. Sonntag
7 1/2 Uhr abends:
Die Elektenaufführungen
„Die Försterchristi“.
Montag, 7 1/2 Uhr:
Zum ersten Male

Die rote Kabe.
Operette in 3 Akten
von Karl Hajos.

Stadtheater Lübeck.
Sonntag, 11 Uhr: Ein-
führender Vortrag zu
Kornolds Tote Stadt
von Kapellmeister
Mannstadt. (7721)
3 Uhr: Niederdeutsche
Bühne: De Ver-
schriewung.
Montag, 7 30 Uhr:
Vollbühne
Cosi fan tutte.

Gut, reell u. billig!
kaufen Sie
Stoffe
für Herren- u. Knabenanzüge,
Kostüme, Paletots, Mäntel,
Schlapper und Joppen in den
modernsten Farben u. Mustern
vom einfachsten Tweed bis
zum edelsten Kamgarne
alles noch weit unter Tages-
preisen
N. Honig's Tuchlager
Fleischhauerstr. 71, pt.
— Rein Laden. — (7739)

Trocadero.
Schüsselbud. A. F. 787
Täglich ab 5 Uhr
nachmittags:
**Stimmungs-
Konzerte.** (767)

Moislinger Baum
Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr
Vornehmes Franzbränzchen
verbunden mit heiteren
Künstler-Vorträgen
unter Mitwirkung des Humoristen Max Gl-
senberg, Fel. Toni Menatti vom Hambur-
ger Richter, sowie des bekannten Hamba-
hoch- und plattdeutschen Volkshumoristen
Adje Otto, die plattb. Stimmungsorgan.
Moderne Länge. Künstlerkapelle.
Leitung: Herr Karl Staht. Prima Kaffee
und Kuchen. Spezialität: Porter vom Faß.
Für Familien freier Eintritt.
Rudolf Jäde.
(7739)

Wesber Engel.
Jeden Sonntag: (7705)
Tanzkränzchen.

Ausschneiden!
Paul Fiedler, Psychologe und Naturheilkundiger
Lübeck, Braunstr. 22. Telefon 3451.
Sprechstunden: Montags, Dienstags, Freitags u. Sonnabends.
Behandlung aller Krankheiten.
Sprechstunde für Unbemittelte von 8—10 u. 3—4 Uhr.
Wenn Befehle ich Ihnen den besten Erfolg bei meiner 18-
jährigen Tochter Thea, die seit Jahren an Rheumatis und Blut-
armut litt. Sie haben das Kind in kaum 1monatiger Kur durch
7 ihrer Behandlungen soweit gebracht, daß sie viel besser ist,
wie überhaupt das ganze Allgemeinbefinden und Aussehen das
denkbar beste ist.
Frau Dorothea Schmidt, Lübeck, Wiedestr. 17. (7723)

Wegen Platzmangel in meinem Geschäfts-
haus Markt 14 verlegte ich meine
Abteilung
Tabakwaren-Großhandlung
nach Fleischhauerstraße 34.
Als besonders günstig stelle ich zum Verkauf
an Wiederverkäufer
Feinschnitt-Tabake
Krüllschnitt
Zigarren, Zigarillos
Zigaretten
Kautabake
Marken
erfolgreicher
bekanntester
Firmen,
weit unter
Fabrikpreis
Friedrich Nagel,
Abt. I, Kleinverkauf, Lübeck, Markt 14,
Fernruf 558. (7716)
Abt. II, Großhandel, Fleischhauerstr. 34.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 20. Oktober.

Verbrüderung.

Motto: „Ezzenz anreden!“

Hände an die Hosennatt,
Stillgestanden! Heil, uns nach
Ein Gen'ral, uralter Adel,
(Schuß, verbirg die Sowjetnadel!)
Augen rechts! Wie sagt man nun? — — —
„Wollen Ezzenz geruh'n,
Unser roten, kampfbereiten
Garde Front mal abzuschreiten,
Diese harzt, streng national
Nur auf Euer Ezzenz Signal
Zum frischroten Freiheitskampfe.
Vorne: Jugendwehr mit Klampfe,
Dann das Gros, Franzosenfresser,
Hitler hat sie auch nicht besser.
Ezzenz, was soll ich sagen:
Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“
Singt dem Feind ein Lied zum Lort:
Hakenkreuz am Stahlhelm,
Sowjetkreuz am Band,
Kadef-Ehrhardt-Garde
Werden wir genannt!
Ezzenz hat jetzt das Wort!

„Ach, mein Lieber, äh, famos,
Tuter Wille. Aber bloß...
Ach, na was ich sagen will:
Hier fehlt noch der rechte Drill,
Sieh, der Mann! Sie stehen ja
Wie'n geknietter Rattus da.
Und was hat denn dort das Schweir
Ein zerriss'nes Hosennatt?
Na, das wird sich schon verlieren,
Bei mir lernt Ihr Kerls parieren.
So, zuerst woll'n wir mal beten:
Schüße, Herr, des Kaisers
Hehre Lichtgestalt,
Die Novemberlinge
Mache schleunigst kalt.
Amen. Sefa. Weijetretan!“

Mich, von Lindenbäden.

Vor dem Abgrund.

Der Todespfeil des deutschen Volkes, der Dollar, fliegt mit voller Spannkraft den arbeitenden und enterbten Schichten mitten ins Herz. Mit Schrecken und Grauen sehen wir die Folgen militärischer und kapitalistischer Politik auswirken. Stündlich steigende Preise, täglich vermehrte Arbeitslosigkeit. Das Arbeitsbeschäftigte zum Leben ist unerschwinglich. Ein Brot kostet heute in Lübeck 850 Millionen Mark, für Margarine forderten heute früh die Fabrikanten 1,8 Milliarden, so daß der Kleinverkaufspreis mindestens zwei Milliarden betragen wird. Schmalz kostet 3 Milliarden, Kartoffeln scheinen ausverkauft zu sein. Die Bauern wollen Goldwerte, halten die Ware zurück und warten auf das neue Geld. Wohin man blickt, überall schaut das graue Elend hervor. In Berlin kostet ein Brot 1 Milliarde, in Hamburg gar 1660 Millionen. Der Hunger schreit auf und bringt die Menschheit zur Verzweiflung. Die Hungertravalle in vielen Orten kündigen es an, daß sich die Not in gewaltigen Handlungen Luft zu schaffen versucht. Fast scheint es so, daß das Jobbertum an der Börse ständig auf der Dauer liegt, jede Lohnaufbesserung durch Höbertreibung des Dollars wegzurauben. Ein Buchdrucker schickt einen Arbeiter glücklich, der in dieser Woche 20 Milliarden nach Hause bringt. Und was soll eine Familie mit diesem Papier „Reichtum“, der anfangs der Woche noch 20 Goldmark entsprach, am Ende der Woche auf 6-8 Mt. durch das Jobbertum heruntergedrückt worden ist, anfangen?

Und doch ist es notwendig, die Nerven zu behalten. Mit gewaltigen Requisitionen ist der Allgemeinheit nicht gedient, in wenigen Tagen wäre der Vorrat aufgebraucht, die Zufuhr abgebrochen. Helfen in größter Not kann jetzt nur rasches und energieloses Eingreifen der Regierung, die die wichtigsten Lebensmittel ergreifen und planmäßiger Verteilung zuführen muß. Auch die Landesbehörden dürfen dem Rufen in den Abgrund nicht untätig zusehen. Sie müssen heraus aus der Kerne.

Bei der gespannten politischen Lage wären planlose Ausschaltungen der Reaktionen nur erwünscht. Beherrschendwert ist ein Aufbruch, den die Soz. Partei und die SPD. in Leipzig erlassen. Es heißt da: Mit planlosen Ausschaltungen ist dem herrschenden Elend nicht zu steuern. Wir haben vielfache Beweise dafür, daß die Vorgänge am Sonnabend und Montag nach bestimmten Plänen von ausgesprochenen Provokateuren der Rechtsparteien herangeführt worden sind. Sie haben die Absicht, die Erwerbslosen aufzufressen, sie zu Unbehördenheiten zu verleiten, damit die Reichswehr in Aktion treten kann.

Ihr verbessert eure Lage nicht, wenn ihr den dunklen Abgründen unverantwortlicher Provokateure Folge leistet. Das Ergebnis der letzten Vorgänge wird lediglich sein, daß keinerlei Lebensmittel mehr nach Leipzig hereinkommen werden. Das Brotgetreide ist verpfändet, so daß damit nur das Elend des Proletariats vergrößert würde. Wir warnen euch eindringlich, diesen Provokateuren Folge zu leisten, die euch nur als Werkzeuge benutzen, um ihre dunklen Pläne durchzuführen. Darum haltet! Disziplin! Bewahrt Besonnenheit! Laßt euch nicht provozieren! Was für Leipzig gilt, gilt überall!

Zur Preispolitik der städtischen Werke.

Herr Generaldirektor Henke übersendet uns einen längeren Bericht über die Preispolitik der städtischen Betriebe, der sich gegen Auslassungen des Generalanzeigers wendet. Dessen Artikel könnten als schlicht einwandfrei und richtig nicht mehr angesehen werden. Im Interesse der Werke und zur Aufklärung der irreführenden Abnehmer weist Herr Generaldirektor Henke auf die von der Bürgerschaft beschlossene Ordnung für die städtischen Betriebe hin, deren § 4 lautet:

„Die Körperlichkeit, nämlich die städtischen Betriebe, wird nach kaufmännischen Grundsätzen geleitet; sie hat besonders diejenigen Rückstellungen zu machen, die zur Unterhaltung und Erneuerung der bestehenden Anlagen nötig sind, um eine gesunde Fortführung der Betriebe sicherzustellen.“

Diesem Grundsatz müsse die Direktion zu folgen versuchen. Mit Bezug auf die Preise sei der Verwaltungsrat und Vorstand nicht so weltfremd, daß sie sich der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage seiner Abnehmer verschließen. Bei der katastrophalen Geldentwertung des letzten Jahres war es ihnen klar, daß auch die noch im Verdienste stehenden zum weitaus größten Teil nur nicht in der Weise mit steigender Entlohnung bedacht werden

konnten wie die Kaufkraft der Mark absank. Infolgedessen wurden auch die Preise genommen, welche unter dem lagen, was notwendig war. Die Verwaltung sei gezwungen, am Tage der Veröffentlichung entsprechend der Kaufkraft der Mark die Preise festzusetzen und zwar für eine Zeitdauer, die heute bei dem wahnwitzigen Absinken der Mark schon katastrophal sein kann. Zieht man ferner in Betracht, daß die städtischen Betriebe ihr Geld erst mit dem Ende der Ablesperiode erhalten, dann habe der Rußmeter Gas im September 4,47 bis 10,5, im Oktober 8,2 bis 11,4 Goldpfennig gekostet. Das Schwanken der Zahlen zeige die katastrophale Auswirkung der Markentwertung bei Festsetzung von Preisen über eine längere Zeit hinaus und wären es auch nur wie heute vier Tage. An der Mährungsstränge leiden sämtliche Geschäfte zwangsläufig, die nicht täglich oder stündlich ihre Preise ändern können. Auf die Dauer sei mit derartigen Verkaufspreisen nicht auszukommen, die vor dem Kriege 13 bis 14 Pfg. betragen und die heute, da die Hauptausgabe, nämlich Kohle, auf weit über das Doppelte gestiegen ist, eigentlich das Doppelte der Friedenspreise betragen müßten. Wenn die Werke in Lübeck heute noch am Leben sind, so danken sie das nur vorausschauender Einkaufspolitik, die es ihnen ermöglicht hat, in dieser katastrophalen Zeit von der Substanz ganz erheblich zu zehren.

Ueber die Frage der Wassermeßerbeschaffung wird gesagt: Es erscheint etwas unverständlich, wenn heute der Generalanzeiger diese Frage anspricht, wo er es gerade gewesen ist, der seinerzeit, als die Verwaltung den Antrag einbrachte, den Einbau von Wassermeßern zur Pflicht zu machen, sich energisch dagegen wehrte. Daß es heute nicht mehr möglich ist, das nachzuholen, was seinerzeit der Generalanzeiger beständig, daran tragen nicht die Werke schuld. Die Summe, die notwendig wäre, um heute die etwa 8600 Wassermeßer einzubauen, ist einfach nicht zu beschaffen. Das Pauschsystem habe Härten, es bringe aber auch zum Teil den Abnehmern großen Vorteil.

Die gepumpte Wassermenge beträgt im Jahre etwa 5 Millionen Kubm. Unterstellt man eine hohe Verlustziffer von 20 Proz., so werden 4 Millionen Kubm. den Verbrauchern zugeführt. Von diesen werden rund 2 Millionen durch Meßer gemessen, sodas für den Verbrauch in den Häusern ohne Meßer 2 Millionen verbleiben. Die Entnahmen aus dem Verkauf des Wassers nach Messung sind nun aber in den letzten beiden Jahren, und das Verhältnis ist nicht geändert, das 3fache gewesen wie das nach der Grundgebühr. Daß die Preise nicht zu hoch waren, beweisen die Jahresabrechnungen. Die Abnehmer nach Meßer haben also zum größten Teil mit dazu beigetragen, daß die Lage für Wohnungen ohne Meßer so niedrig gehalten werden konnte. Eine Verringerung hier herbeizuführen ist zurzeit unmöglich, so sehr die Verwaltung der Werke sie auch erstrebt.

Wichtig der Leistung wird es sein müssen, alles zu tun, um den Fortbestand der Werke zu sichern, von denen in weitgehendster Weise die Allgemeinheit abhängig ist und deren Bedeutung erst erkannt werden dürfte, wenn durch nicht genügende Sorgfalt oder durch den Zwang der Verhältnisse die Werke eines Tages als überflüssig sich herausstellen könnten. Die Presse solle während wirken und den Mut haben, ihren Lesern die Wahrheit zu sagen selbst wenn diese Wahrheit bitter ist.

Ergebnis der Viehzählung.

Die am 1. Oktober 1923 vorgenommene Zählung hatte nach den Ermittlungen des Statistischen Landesamtes für das Lübeckische Staatsgebiet (ohne Schlachthof) folgendes Ergebnis:

	1. 10. 1923	3. 12. 1922	1. 12. 1921
Rindvieh	8222	8104	9539
Darunter: Kühe	223	305	641
Kalbweib	2708	2635	2659
Bullen und Ochsen	153	155	197
Kühe	5138	5009	6042
Schafe	1837	1542	1519
Schweine:	13507	11075	14894
Darunter: Zuchttiere	855	787	1182
Ziegen	3139	3031	1798

Wenn sich auch ein einwandfreier Vergleich mit der Zählung vom Vorjahre wegen der verschiedenen Zähltage nicht anstellen läßt, so zeigt das diesjährige Ergebnis doch, das wesentliche Veränderungen in der Viehhaltung trotz der für viele Kreise, namentlich in der Stadt, sich immer schwerer gestaltenden Futterbeschaffung bisher nicht festzustellen sind. Das Rindvieh weist gegenüber dem Vorjahre einen Zuwachs von 118 Tieren auf. Der Schweinebestand ist gegen die vorjährige Zählung sogar um rund 2500 größer und bleibt nur noch um etwa 1300 hinter der letzten Viehzählung zurück. Im November beginnen aber die Hausfleischungen, die bis zum 1. Dezember, dem vorjährigen Zähltag, noch manches Vorzeichen unter das Meßer bringen. Eine Verringerung des Schweinebestandes gegenüber dem Vorjahre wird aber auch dann kaum eintreten sein. Erfreulich ist die Tatsache, daß in diesem Jahre mehr Zuchttiere festgesetzt sind als bei den Zählungen der letzten Jahre. Die Zunahme der Schafe dürfte ebenfalls auf den früheren Zähltermin zurückzuführen sein. Die Ziege, die auch des kleinen Mannes, hat sich bei der in den letzten Jahren zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr Eingang verschafft. Während 1913 im ganzen Lübeckischen Staate nur 1796 Ziegen ermittelt wurden, hat sich ihre Zahl jetzt fast verdoppelt (3139). Diese Zunahme entfällt aber fast ausschließlich auf die Stadt. Bei der letzten Viehzählung wurden in den Vorstädten 404, im Eingemeindungsgebiet 407 und im Landgebiet 955 Ziegen ermittelt; am 1. Oktober 1923 hatte sich ihre Zahl in den Vorstädten und in den neuen Stadtteilen aber mehr als verdoppelt (1083 bzw. 1099), während sie in den Landbezirken fast unverändert blieb (957). Auf die einzelnen Bezirke verteilt sah das Vieh folgendermaßen:

	Stadt u. Vorstädte	Neue Stadtteile	Landgebiet
Rindvieh	419	1196	6607
Schafe	229	288	1320
Schweine	3353	3494	6860
Ziegen	1083	1099	957

Von den Lübeckischen Landgemeinden weisen Dissa und Gr. Schrestaten den größten Rindviehbestand mit 380 bzw. 348 Tieren auf. Die meisten Schweine hat dagegen die Gemeinde Nisse mit 606 Stück, an zweiter Stelle steht wiederum Gr. Schrestaten mit 560.

Statistischer Monatsbericht für September.

Nach der Fortschreibung des Statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerung der Stadt Lübeck Ende September 123 066 Personen gegen 122 374 im Vorjahre. Der Geburtenüberschuß brachte wie im Vormonat einen Gewinn von 67, in der örtlichen Bewegung war aber der Fortzug um 213 größer als der Zugang, sodas eine Bevölkerungsabnahme um 146 eintrat. Ehen wurden 108 geschlossen, 21 mehr als im August, aber 29 weniger als im Vorjahre. 23 Männer und 8 Frauen verheirateten sich wiederholten Male. Die auf 100 Einwohner und auf das Jahr berechnete Heiratsziffer war mit 10,5 um 2,2 größer als die normale, blieb aber um 2,9 hinter der vorjährigen

zurück. Die Gesamtzahl der Geborenen einschließlich der Totgeburt betrug sich auf 169 (81 Knaben und 88 Mädchen) gegen 196 im August und 177 im September v. J. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtenziffer betrug nur 16,4; sie war um 2,3 geringer als die vormalige und um 1,1 als die vorjährige. 27 oder 16,0 (1922: 13,8) v. H. waren unehelich und 4 oder 2,4 (2,3) v. H. tot. Gestorben sind 93 Personen, die je zur Hälfte auf das männliche und weibliche Geschlecht entfielen. Im Vormonat starben 119 und im September v. J. 115 Personen. Von den Gestorbenen waren 23 oder 28,6 (25,2) v. H. unter 15 Jahre und 33 oder 33,7 (41,7) v. H. über 60 Jahre alt. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) war mit 9,5 bedeutend günstiger als im August (11,4) und im vorjährigen September (11,3). Im ersten Lebensjahr stehende Kinder starben 20 (19), darunter 7 an angeborener Lebensschwäche, 5 an Verdauungsstörungen und 3 an Lungenentzündung. Die allgemeine Säuglingssterbeziffer war etwas höher als 1922; sie betrug 113,4 gegen 95,4 im Vorjahre. Todesursache war 16mal Krankheiten der Kreislauforgane und je 5mal Tuberkulose, Lungenentzündung und Krebs. Durch Selbstmord und Berührungsendeten je 4 Personen.

Ein Telefongespräch 50 Millionen.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt ab 20. Oktober 50 Millionen Mark. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Kilometer Dauer werden erhoben: bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometer einschließlich 50 Millionen Mark, bei einer Entfernung von mehr als 5 Kilometer bis 15 Kilometer 100 Millionen Mark, bei einer Entfernung von mehr als 15 Kilometer bis 25 Kilometer 150 Millionen Mark, bei einer Entfernung von mehr als 25 Kilometer bis 50 Kilometer 300 Millionen Mark, bei einer Entfernung von mehr als 50 Kilometer bis 100 Kilometer 450 Millionen Mark, darüber für jede angefangene 100 Kilometer mehr 150 Millionen Mark. Für dringende Gespräche das Dreifache, für Blüßgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch. — Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 20. Oktober an: für Ferntelegramme Grundgebühr 80 Millionen Mark und außerdem für jedes Wort 40 Millionen Mark, für Ortstelegramme Grundgebühr 40 Millionen Mark und außerdem für jedes Wort 20 Millionen Mark.

Eröffnung der Universitätswoche.

Am Sonntag wird die Universitätswoche eingeleitet. Professor Rörig wird über „Grundzüge lübeckischer Geschichte“ vortragen; sicherlich wird dies Thema hier in Lübeck, aus dessen Archiven für das wertvolle Material für seine grundlegenden neueren Forschungen gewonnen hat, besonderes Interesse finden. Der Sinn dieses Vortrages ist es, nicht den äußeren Verlauf politischer Ereignisse wiederzugeben, sondern unter Berücksichtigung geographischer und allgemeingeschichtlicher Gesichtspunkte zunächst die Wurzeln klarzulegen, aus denen der große Bau des hanseischen Wirtschaftssystems erwuchs. Damit ergibt sich von selbst eine kulturpsychologische Behandlung des Themas. Es kommt darauf an, die Kräfte kennen zu lernen, die schöpferisch beim Werke waren; es kommt ferner darauf an, den Übergang verschiedener Wirtschaftsformen innerhalb der Hanse selbst zu erfassen. Vor allem aber gilt es, hanseische Geschichte aus einem großen Rahmen zu verstehen und sie in Zusammenhang zu bringen mit Problemen, wie sie etwa die Bücher von Sombart und Spengler aufgeworfen haben. Daß hanseische Geschichte von selbst zu lübeck-hanseischer Geschichte werden muß, wird um so deutlicher, je tiefer die Forschung ihre Entwicklung erfährt. Nachmittags spricht dann Dr. Bruhn über „Theosophie und Antroposophie“ und am Montag wird die Reihe der Vorträge von Kaufmann und Jacoby fortgesetzt. Wir verweisen im übrigen auf das vollständige Programm im heutigen Inseratenteil.

Achtung, Beitragskassierer und Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins! Für die zweite Oktoberhälfte betragen die Beiträge: männlich 50 Millionen und für weibliche 10 Millionen.

Wichtig für Erwerbslose! Es ist gelungen, das Kolosseum für die Auszahlungen der Erwerbslosen unterstützungen zu mieten. Es wird nunmehr möglich sein, allen Erwerbslosen an einem Tage die Unterstützung zur Auszahlung zu bringen, sodas die Entwertung der Unterstützung, die zwischen den einzelnen Zahltagen bisher gelegen hat, vermieden wird. Diese Bemühungen der Arbeitsbehörde werden aber nur dann Erfolg haben, wenn auch die Erwerbslosen dafür sorgen, daß in den neuen Räumen der Zahlstelle sozialer Ordnung herrscht sämtliche Erwerbslose an einem Tage abfertigen zu können. Es wird ausgezahlt an die Erwerbslosen mit den Anfangsbuchstaben A—Z von 9—10 Uhr, G—H von 10—11½ Uhr, J—L von 11½—12½ Uhr, M—N von 12½—2 Uhr und S—Z von 2—4 Uhr. — Die erste Zahlung im Kolosseum findet am Dienstag, dem 23. Oktober 1923 statt, sonst immer Montags. An dem Zahlungstag der Arbeitsnachweise geschlossen. Die Erwerbslosen haben also nicht nötig, an diesem Tage zu stampeln.

Jahrplanänderung. Die zwischen Kiel und Berlin verkehrenden Schnellzüge D 63, Cutin ab 3.35, Lübeck an 4.12 nachm., und D 64, Lübeck ab 1.42, Cutin an 2.25 nachm., fallen infolge Verkehrsänderungen von Mittwoch, dem 24. Oktober d. J. ab einstellend aus.

Der Goldbarrenrechnungsjag für die Landabgabe beträgt vom 20. bis 23. Oktober einchl. 936 Millionen.

Feuer in den Kammerlichtspielen. Durch Selbstentzündung geriet am Freitagabend während der Vorführung ein Film in Brand, der auch auf den in der Nachbarschaft befindlichen Aufbewahrungsschrank übergriff und die übrigen, zu dem Film gehörigen Akteure entzündete. Durch das Feuer brannte der ganze innere Vorführungsraum aus. Die Feuerwehr griff alsbald ein und verhinderte ein Umfängliches des Feuers auf die anderen Räume.

i. Stadthallen-Vorspiele. Die Königin von Saba. Die Filmkritiker kommen allmählich in höhere Bedrängnis. Sie haben bald alle Brunnen ausgehölet: Geschichte, Literatur und eigenen Verstand. Deshalb nehmen sie jetzt zur Bibel ihre Zuflucht. Eine etwas längere Episode aus dem Leben Salomons des Weisen — als er noch nicht ganz weise war! Die Heldin dieser Episode ist Saba, die Königin von Saba. Aus allerlei guten Gründen ersticht diese „weltherrliche“ Frau schon zu Beginn der Hochzeitsnacht ihren königlichen Hochzeiter — beim ersten Kuß und wird nun selbst Königin. Ihr Gewissen trägt sie ein wenig, und sie reist deshalb zu Salomon, von dessen Weisheit die Welt widerhallt, um sich Trost zu holen. Salomon ist aber noch nicht so weise wie später, er beschränkte sich also noch nicht auf das Dichten des hohen Liedes. Und es gibt verständlicherweise allerlei Eiferwuchtschichten zwischen der Königin der Juden, der Königin von Saba und einer anderen Jüdin. Die Königin von Saba ist edel genug, sofort abzureisen. Aber sie macht noch allerlei Umwege, und bringt schließlich ihrem Volke einen Königssohn mit. Dieen Sohn David führt sie nach Jahren zu Salomo zur Ansicht. Neue Eiferwuchtschicht — verständlicherweise. Der junge David soll befeitigt werden. Und er wird vorläufig aufgeführt, durch den

Bruder des Königs. Darob Krieg in Jerusalem. Und als Salomos Not am größten, erscheint gerade zur rechten Zeit die Königin von Saba mit ihrer Reiterchar und haute ihn heraus. Alles in Ordnung! Etwas weiser ist unterdessen Salomo geworden — aber ganz noch nicht! Man sieht: eine ganz amüsanle Geschichte. Und ziemlich bibelhaft. Die Aufnahmen der „historischen Prunkfilme“ sind teilweise pompös, wenn auch oft zu wild und verwirrend. Besonders in den Kampfszenen am Schluss. Das Ganze ist ein glänzender Lustspiel. Die Darsteller arbeiten recht gut. Nur Salomo stellt man sich etwas anders vor. Oder hängt meine abweichende Meinung damit zusammen, daß ich bei Salomos Sprechern und Minenspiel immer an einen bekannten Lübecker Kommunisten denken mußte, der in seinem äußeren Bild einen ähnlich salomonischen Eindruck macht.

Wochenplan des Stadttheaters, Sonntag, 11 Uhr: Einleitender Vortrag zu Korngolds „Tote Stadt“ von Kapellmeister Rannfacht. 3 Uhr: 2. Vorstellung der Niederdeutschen Bühne: „Der Verführer.“ 7.30 Uhr: „Wiener Blut.“ Montag: Vorstellung für die Volksbühne: „Cosi fan tutte.“ Dienstag: „Jas und Zimmermann.“ 11. Vorstellung im Dienstag-Ab. Mittwoch: „Der blaue Heinrich.“ 11. Vorstellung im Mittwoch-Ab. Donnerstag: „Karlitas halbes Herz.“ 11. Vorstellung im Donnerstag-Ab. Freitag: „Die tote Stadt.“ 11. Vorstellung im Freitag-Ab. Sonnabend: Vorstellung für die Volksbühne: „Jas und Zimmermann.“ Sonntag: „Die tote Stadt.“

Vor einem Konflikt in den Staatsbetrieben.

In den Betrieben des Lübecker Staates herrscht in der Arbeiterklasse eine ziemlich heftige Erregung. Die Gründe, die dazu führten, sind von einem besonderen Interesse auch für alle übrigen Arbeitnehmer. In der Lohnverhandlung am Dienstag, dem 16. d. M. unterbreitete die Lohnkommission des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter der Lohnkommission des Senats die Forderung, auf den Lohnsatz der Vormoche die nach dem statistischen Landesamt festgesetzte Teuerungszahl aufzuschlagen, und würde dementsprechend der Spitzenlohn 466,4 Millionen betragen, außerdem eine Sozialzulage von 36,7 Millionen. Die Lohnkommission des Senats erklärte, daß sie nicht in der Lage wäre, diese Forderung anzuerkennen und machte ein Angebot von 257 Millionen Spitzenlohn und einer Sozialzulage von 20 Millionen. Wir möchten hierbei bemerken, daß seit Juli d. J. die Verhandlungen auf Grund des Inderes Kartagefunden haben und mit kleineren Abweichungen stets und ständig auf dieser Basis verhandelt worden ist. Ein weiteres Entgegenkommen des Senats war nicht zu erwarten und mußte infolgedessen der Schlichtungsausschuß angeregt werden. Die Taugung des Schlichtungsausschusses ist äußerst interessant. Es erübrigt sich, die einzelnen von den Parteien gemachten Begründungen hier zu erörtern, sondern es kommt lediglich darauf an, in welcher Form der Schlichtungsbescheid gefaßt wurde. Dieser ging dahin, daß den Staatsarbeitern für die laufende Woche vom 14. bis 21. in der Spitze ein Lohn von 355 Millionen zugesprochen wurde. Von Seiten der Staatsarbeiter muß dieser Schlichtungsbescheid aus prinzipiellen Gründen abgelehnt werden. Wir sind der Auffassung, daß die Bekanntgabe der Teuerungsziffern illusorisch gemacht wird dadurch, daß sie von Körperlichen, wie dem Schlichtungsausschuß, in keinerlei Form Berücksichtigung finden. Unseres Erachtens ist die Lage der Arbeitnehmer derart, daß sie tatsächlich am Rande des Elends angelangt ist. Wenn nach den amtlichen Meldungen die Teuerung am Montag um 61,7 Prozent gestiegen ist, so liegt es doch klar auf der Hand, daß auf den Lohnsatz der Vormoche

An alle Ortsvereine im Landesteil Sübek!

Wir berufen zu Sonntag, dem 21. Oktober, vorm. 9 1/2 Uhr, eine Parteikonferenz nach Bahnhof Gleisdorf (Landhaus) ein.
Tagesordnung:
1. Die politische Lage. Ref. Fr. Hansen-Ric.
2. Der Stand des Siedlungsweicns in Preußen-Deutschland. Ref. Abg. Jürgensen.
3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht der Ortsvereine, dahin zu wirken, daß die Konferenz durch starke Delegationen besetzt wird.
Im Auftrage der Gebiets-Bezirksleitung
Fr. Hansen.

unbedingt diese Ziffer aufgeschlagen werden muß, andernfalls sich die Kurve ständig nach unten bewegt. In einer Zeit, wo die Praktiken der gesamten Geschäftswelt dahingehen, nach dem jeweiligen Realstand ihre Preise zu berechnen, ist es nicht denkbar, daß die Arbeitnehmerklasse diese im Schlichtungsbescheid zum Ausdruck genommenen Praktiken mitmachen kann. Es drängt sich hier unwillkürlich die Frage auf, ob es denn in irgendeiner Weise noch von Wert ist, auf Grund der festgelegten Indizes Lohnsätze festzulegen. Wir sind der Auffassung, daß nach dem Vorgefallenen das Vertrauen zu dem Schlichtungsausschuß stark erschüttert werden kann. Wir sprechen die Erwartung aus, daß der Senat nach einleuten wird und werden Gelegenheit nehmen, über den weiteren Vorschlag Bericht zu geben.
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
S. Merretig.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Hansa-Theater. Die Wiener Operette „Die Försterchristi“ bleibt auch heute, Sonnabend, und Sonntag auf dem Spielplan.
Gewerbeschule Lübeck. Am Montag, dem 22. Okt. wird der Unterricht wieder aufgenommen. Die Wintersemester und die Handwerkerkurse beginnen eine Woche später. Bis dahin sind die Anmeldungen zu bewirken.
Hansa-Theater. Vom Montag ab kommt die Schwankoperette „Die rote Kasse“ zur Aufführung.
Auf die Bekanntmachung des Landesfinanzamtes über Aufwertung bei Steuerzahlungen und den Steuerabzug vom Arbeitslohn weisen wir besonders hin.

Angrenzende Gebiete.

Bremen. Ein Tendenzprozeß. Gegen das ehemalige Bürgergesellschaftsmitglied Genossen Starke wurde hier ein großer Prozeß eingeleitet, weil er sich an einer Rauferei gegen das militärisch organisierte hanseatische Jungkorps beteiligt haben sollte. Obwohl kein einziger unter der großen Zeugenliste be-

funken konnte, daß Starke dabei war oder gar geschlagen hatte, wurde unserm Genossen der Strid um den Hals gelegt. Der Oberstaatsanwalt hatte gar auf Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung plädiert und 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragt bezw. Ueberweisung an das Schwurgericht wegen Rädelsführerschaft. Das Urteil selbst lautete — unter Verwerfung der Anklage wegen Landfriedensbruchs — auf 9 Monate Gefängnis wegen Mittäterschaft an gemeinschaftlicher Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge. Vier Wochen Unterhushungshaft werden angeordnet, die Kosten des Verfahrens fallen dem Verurteilten zur Last. Genosse Franz Starke wurde auf Antrag der Verteidiger, dem der Oberstaatsanwalt widersprach, aus der Haft entlassen. Er hat Revision eingelegt. — Unser Bremer Bruderblatt bezeichnet den Prozeß als einen Skandal, den der Bürgerklub als Wahlmache gebrauchte. Urteil und Prozeß seien von einer Strafkammer gefällt, die in ihrer Zusammenstellung als die schärfste in Norddeutschland gilt. Der Arbeiter Starke durfte nicht als Sieger hervorgehen, weil sonst der große Blamierter das Rindfleisch des hanseatischen Jungkorps war, dieses Rekrutendepot reaktionärer Formationen, das bei einem eventuellen Freispruch überhaupt als der Verurteilte zurückgelassen wäre. Deshalb mußte wenigstens der Freispruch verhindert werden: Deshalb konstruierte man aus dem § 223a das Delikt der „gemeinlichen Körperverletzung“, begangen dadurch, daß der Angeklagte mit Leuten zusammen war, von denen einige Unbekannte einige bekannte Jungmänner geschlagen hätten. Nicht die Spur eines Anhaltspunktes ergab jedoch der Prozeß dafür, daß Starke selbst daran beteiligt war. Im Gegenteil, der Beweis kann geführt werden, daß er im „kriminellen“ Augenblick überhaupt nicht am Tatort war. Tut nichts, er hätte dabei sein können — „der Jude wird verbrannt“!!

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)
Anfrage an die Finanzbehörde.
Angeblich auf Beschluß der Finanzbehörde soll in den Staatsbetrieben die Arbeitszeit verkürzt werden. Grund: Ersparnisrücksichten! Nach unserer Ansicht und nach Ansicht der Betriebsleiter müßten noch Einstellungen erfolgen, um die auf das äußerste eingeschränkten Betriebe voll aufrecht zu erhalten. Nun die Frage: Haben bei Einführung der geteilten Arbeitszeit in den Behörden (8-1 und 3-7, Mittwoch und Sonnabends von 8 bis 2 Uhr) Ersparnisgründe vorzulegen? U. E. fällt der Mehrverbrauch von Beleuchtung und Heizung erheblich ins Gewicht. Wir denken dabei an den Ausdruck: „Ersparnisse lassen sich nur auf Kosten der Arbeiter vornehmen!“ U. U. w. g.
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
S. Merretig.

Briefkasten.

Ein Unkundiger. Die Brandstiftungsbeiträge werden anteilmäßig auf die Mieter verteilt. Die Schreibgebühren sind der Prämie hinzuzurechnen und gemeinsam zu tragen.

Amlicher Teil

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserpreise.

Laut Beschluß des Verwaltungsrates vom 27. Sept. werden die Preise für Gas, Strom und Wasser zu einem mal in jeder Woche festgesetzt.
Demgemäß betragen die vom 21. bis 24. Oktober d. J. für den rückliegenden Verbrauch zur Berechnung kommenden Preise:
I. 1 cbm Gas Mk. 430 000 000
II. 1 Kilowattstunde Lichtstrom 390 000 000
1 „ „ Kraftstrom 680 000 000
III. 1 cbm Wasser
A. in Sübek:
1. für Haushaltungszwecke Mk. 250 000 000
2. für den Mehrverbrauch und jeden anderen Wasserverbrauch Mk. 560 000 000
B. in Travemünde 250 000 000
IV. für Wasser nach heißeren Räumen monatlich:
1. Häuser mit Leitungen Mk. 430 000 000
2. Häuser ohne Leitungen 140 000 000
Die Zahlfrist beträgt 3 Tage.
Bei Ueberführung der Zahlungsfrist von 3 Tagen zu ein Zuschlag zur Rechnung von 6000 Mk. für jede angefangene 100 000 Mk. des Rechnungsbetrages, mindestens aber 900 000 000 Mark zu zahlen.
Gutscheine zu den vorstehenden Preisen und gültig bis 22. Dezember d. J. sind am Montag und Dienstag nächster Woche vormittags in allen Verkaufsstellen zu haben.
7781, Städtische Betriebe.

Invalidenversicherung.

Vollklassen- und Wochenbeiträge ab 22. Okt. 23.

Bei einem Arbeitsverdienst bis			Lohn-	Wöchent-
täglich	wöchentl.	monatl.	klasse	licher Beitrag
Milliard.	Milliard.	Milliard.		Millionen
1,66	11,66	50	44	190
2,33	16,33	70	45	250
3,33	23,33	100	46	360
5,—	35,—	150	47	520
6,66	46,66	200	48	740
8,33	58,33	250	49	940
von mehr als				
5,33	58,33	250	50	1160

Dem Arbeitsverdienst ist der Wert etwaiger Sachbesitze (voller oder teilweiser freier Unterhalt, Kohlen, Deputat usw.) nach der jeweiligen Befamntgabe des Versicherungsamtes hinzuzurechnen.
Lübeck, den 19. Oktober 1923.
Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.

Aufwertung bei Steuerzahlungen.

Nach der am 14. Oktober d. J. in Kraft getretenen Verordnung über Steueraufwertung und Vereinfachung im Besteuerungsverfahren vom 11. Oktober 1923 — R.G.-Bl. I S. 239 — und der Durchführungsvorschriften zu dieser Verordnung vom 18. Oktober 1923 — R.G.-Bl. I S. 251 — sind Zahlungen auf dem Gebiete der Reichsteuern mit Ausnahme der Zölle und der Tabaksteuern sowie Zahlungen auf Grund des § 2 des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Kreise nach den Vorschriften dieser Verordnungen aufzuwerten.
Bis zum 25. Oktober d. J. einschließlich können jedoch Steuergebühren nach durch Leistung des ursprünglichen Papiermarkbetrages getilgt werden. Soweit von dieser Begünstigung Gebrauch gemacht wird, gelten die bisherigen Gesetzesvorschriften und Berechnungsbestimmungen über die Nachteile bei verzierter Zahlung weiter.
Für die Gebührensteuer bei Erwerb von Todeswegen und bei Zweckwendungen von Todeswegen läuft die Frist, innerhalb deren gemäß Abs. 2 gezahlt werden kann, bis zum 1. Dezember 1923.
Lübeck, den 19. Oktober 1923.
Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck
Abteilung Ia. für Besz. u. Vertriebssteuern

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn beträgt für die Woche vom 21. bis 27. Oktober 1923: 210.
Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck
Abt. Ia für Besz. und Vertriebssteuern.
Die neuen Finanzkassenscheine für die Fortgeführten liegen bis 1. Okt. von 8-1 Uhr im Bureau zur Einsicht aus.
Anträge auf Abnahme eines Grundbuchs sind nur bis 1. Okt. 1924 zulässig.
Die Baubehörde.

Notgeld der Handelskammer.

Wir rufen unser Notgeld zur Einführung bis zum 30. November 1923 auf.
Lübeck, 20. Okt. 1923.
Die Handelskammer.

Gewerbeschule.

Unterrichtsbeginn: 22. Oktober, vorm. 8 Uhr.
Lübeck, 20. Okt. 23.
Die Oberschulbehörde.

Nichtamtlicher Teil

Tausche Reichsbank gegen Stadtwagen. Ang. u. C 383 an die Exp. d. St. (7719)
Wer fertigt neuen Stadtwagen an gegen Stadtwagen. Ang. u. C 387 an die Exp. d. St. (7725)
1 B. Herrenstiefel Gr. 41 zu verk. od. tauschen g. Arbeitsstiefel 43. (7730) Kahlhorststr. 10 b.
Tausche Wecker und Raddingsform g. Sportwagen u. Berdca. Ang. u. C 389 a. d. Exp. (7716)
Dicht. Hülferin empf. sich. Bez. in Lebensm. Haase, Engelsgrube 32, 19. (7734)
Ein neuer grün. Damenmantel gegen Junglingsstiefel zu tauschen gesucht. (7744) Zeigangstr. 22 li r.
Wer gibt Kartoffeln geg. Kartoffeln v. Damen u. Kinderstiefeln? Ang. u. C 385 a. d. Exp. (7708)

Z. P. F.
(Zentrale für private Fürsorge)
Johannstr. 47/49
bittet um Spenden aller Art, um die Not zu lindern. 7741

Konsumverein für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.
Wer den Geschäftsanteil einzahl, verbessert die Warenversorgung.
Große Ansprüche werden an unsere Abgabestellen gestellt und ist es daher notwendig, daß jeder nach seinen Kräften die notwendigen Maßnahmen unterstützt.
Der Vorstand.
7788)

Ausnahme-Angebot! Nur 3 Tage!

Stüdtorf
900 000 000 Mk. pro Str. frei Haus.
Kleinverkauf ab Bahn unterhalb der Berevalstraße — Montag beginnend. — Bezahlung und Vierschein vorher im Kontor. 7702
Hanseatische Sortierverwertungs-A.-G., Engelsgrube 44. Fernsprecher 884.

Geschlechtsleidende!
Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Einspritzung, ohne Berufsabr., aufklar. Broschüre m. ans. freiwill. Dankeschreib. über 1) Harnröhrenleiden (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Mannschwäche, 4) Weißfluß kostenlos in verschloss. Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einsendung des doppelten Briefpostes für Porto etc. Leiden genau angeben!
Dr. med. H. Freeman, G. m. b. H., Berlin 478 Lietzmannstr. 22. (7710)

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 22. Oktober 1923:
a) Einzelschritte:
bis zu 2 Zonen 400 Millionen
für 3 und 4 Zonen 300
für 5 und mehr Zonen 400
b) Monatskarten:
bis zu 2 Zonen 2mal Fahrt 8000 Millionen
2mal Fahrt 16000
für 3 u. 4 Zonen 2mal Fahrt 12000
2mal Fahrt 24000
für 5 u. mehr Zonen 2mal Fahrt 16400
2mal Fahrt 32000
c) Jugendfahrtscheine: je 100 Millionen Mark.
d) Gepäckkarte und Stunde: 200 Millionen Mark.
Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrtscheine und Fahrkarten für Behörden der Serie 26 sind bis einschl. 23. Oktober 1923 gültig und hat der Untertausch:
a) Der Jugendfahrtscheine an unserer Hauptkasse, Hauptstr. 23, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Vorstr. Nr. 42a oder durch Brief.
b) Der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Hauptstr. 23, Zimmer 5 gegen Serie 26 zu erfolgen.
Gültig, den 20. Oktober 1923. (7733)
Städtische Betriebe.

Dr. Klein-Rohs

bei i. Hausbrand, Goldschmied u. Mütterlein geeignet, billigst abzugeben. 7743
Kantate unter C 391 an d. Exp. d. St.
Die Gastrechnungen sind zu hoch!
Was ist zu tun?
Die Anschaffung des **Sparkodiers „Küchenec“** hilft Ihnen aus allen Verlegenheiten. Sparsam und geringer Brennstoffverbrauch. Kostentlos, unveränderliche Befestigung jederzeit. Billigste Fabrikpreise.
Christianus & Co., Maschinenfabrik
Lübeck, Poststr. 11/12. (7717)